

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3er- und 4erzeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 61.

Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1930.

Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1930 ab. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1930 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskartellen des Afa-Bundes in den Monaten Februar bis März 1930 gemeinsam durchzuführen. Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die

Bestellung eines Wahlvorstandes vornehmen und in den Betrieben, in denen gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besteht, die Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes aufgefordert werden. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichts zu beantragen. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1929 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Ebenso handeln die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Bergbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitslichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin einleiten.

Das Betriebsrätegesetz ist nunmehr zehn Jahre in Kraft.

Staatsumwälzung, Versailler Friedensvertrag, Inflation, Wiederherstellung der deutschen Währung, Dawes-Abkommen, Young-Plan und das Auf und Ab der deutschen Wirtschaft in diesen mehr als schwierigen zehn Jahren kennzeichnen den Weg der deutschen Arbeiterbewegung. Ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht waren stets die Gewerkschaften, an ihnen sind alle Versuche der Gegner der Arbeiterklasse, die Position derselben zu erschüttern, wirkungslos abgeprallt. In diesen Gegnern der deutschen Arbeiterklasse rechnen wir nicht nur die Unternehmer, sondern auch die sogenannten vaterländischen Werkvereiner, insbesondere auch die Kommunisten sowie vor allem die Unorganisierten. Diese sämtlichen Gegner der organisierten deutschen Arbeiterbewegung sind auch gegenwärtig am Werke, die organisierte Macht der deutschen Arbeiterklasse möglichst zu hemmen oder lahmzulegen. Trotzdem sind durch die Stärke der deutschen Gewerkschaften die Betriebsräte zu einem mächtvollen Arm der Gewerkschaftsbewegung geworden.

Die Auffassung, zu der sich der Leipziger Gewerkschaftskongress bekannt hat: „Gewerkschaften und Betriebsräte sind eins“, ist zur Tatsache geworden. Niemand mag es infolgedessen heute noch, die selbstverständliche Notwendigkeit der Betriebsvertretungen anzuzweifeln. Gerade weil die Betriebsräte ein so wichtiger Teil der organisierten deutschen Arbeiterbewegung geworden sind, versuchen es Werkvereiner und Kommunisten, sich dieser Positionen zu bemächtigen. Das ist ihnen bisher nicht gelungen, und das wird ihnen auch in Zukunft nicht gelingen. Der organisierte Arbeiter weiß zu genau, daß er ohne starke Gewerkschaften der Willkür aller Gegner preisgegeben wäre. Aus diesem Grunde ist

die Parole für die Betriebsräte neuwahlen im Jubiläumsjahr 1930:

Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB und des Afa-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem Afa-Bund angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebbarkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein

selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des Afa-Bundes anzustreben. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB oder dem Afa-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen. Gewerkschaftskollegen, Gewerkschaftskolleginnen! Begehrt das zehnjährige Jubiläum des schwer errungenen Mitbestimmungsrechts im Betriebe dadurch, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird und daß überall die fähigsten Kollegen in die Betriebsvertretungen gewählt werden!

Auf zu den Betriebsräte wahlen 1930!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Moderne Unternehmer-Ideologie.

Kampf den Gewerkschaften — durch Ausschaltung. Von Otto Jacobsen (Heidelberg).

Ein Beispiel aus der Geschichte zur Verdeutlichung dafür, daß, wenn sich aus der Veränderung der gesellschaftlichen Situation ein neues Wirtschaftssystem entfaltet, eine neue soziale Ordnung wächst, sich auch ein neuer Denkstil bildet. Mit anderen Worten: das Denken der Menschen ist in jedem sozialen Raum standortgebunden — also Klassendenken. Die sozial-vitalen Bindungen formen das Denken und Fühlen der Menschen. Als das Bürgertum die feudale Ordnung zertrümmerte, mußte es notwendigerweise auch den aus der Weltanschauung seines Gegners erwachsenen juristischen und politischen (konservativen) Überbau zerstören, desillusionieren, aufheben. Das Bürgertum legt die Welt neu aus, und seine Weltklärung ist die der Aufklärung, Freiheit des Individuums, Glaube an die Vernunft schlechthin; sein Denken ist demgemäß unhistorisch: es glaubt eben an die Kräfte der Vernunft und Einsicht, die unbedingt zur Harmonie führen

Wir sind der Pfeil.

Wir wollen nicht stille stehen —
Wir wollen die Flamme tragen —
Wir wollen den Weg zu Ende gehen
Und eine Welt zerschlagen,
Die Sklavenjoch mit Schweiß und Blut erbaute —
Wir unser Geißel mit Spießel schaute,
Den wir von ferne sehen auf den steilsten Wegen.
In uns klopfen Leben, Blut —
Wir sind voll reichem Segen —
Wir kämpfen um das höchste Gut!
Wir stehen nicht still; wir dürfen uns nicht besinnen.
Und wenn die Werke spielerisch zerrinnen,
Wie Land der Kinder, und wenn es klirrt:
Wir sind der Pfeil, der zum Himmel schwirrt!

A. Neumeister.

müssen. Das Denken der Aufklärung übersieht die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Der neuen Ordnung entspringt das Proletariat und zugleich mit ihm als geistige Konkurrenz zum Aufklärungsgedanken der sozialistische Denkstil. Dieser entdeckt und spricht es zum erstenmal offen aus, daß das Denken an Interessen gebunden ist.

Wir erleben heute einen Wechsel der Ideologie bei den Unternehmern, den Versuch, mit modernen Methoden die Arbeiterkraft ihrem Willen und ihren Interessen zu verknüpfen. Es ist ein großzügiger Versuch, den Gewerkschaften zu begegnen auf dem Wege der geistig-seelischen Beeinflussung. Der Umfassungsangriff auf die antikapitalistische Gesinnung der organisierten Massen geht aufs Ganze und ist, wenn auch augenblicklich noch nicht wirksam, nicht ungefährlich für die Arbeiterbewegung. Es handelt sich dabei um nicht weniger, als das Proletariat „geistig auszukauften“.

Vor allem macht sich bei den Führern der Wirtschaft und ihren Helfern ein grundsätzlicher Gesinnungswandel dem Staat gegenüber bemerkbar. Dieser ist in erster Linie auf den Funktionswandel des Staates in der Nachkriegszeit zurückzuführen. Der heutige Staat schützt die Unternehmer nicht mehr vor Streiks, überwacht keine Arbeiterführer mehr usw. Die Wirtschaftsführer betonen daher nicht mehr den Schutz des Staates, der Gesellschaft (dem Feind der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung: der Sozialdemokratie), sondern hüllen sich in die Ideologie „Volksgemeinschaft“, „Gesamtwohl“, „Nation“, „Wohl der Wirtschaft“ usw. Da die Apparatur des Staates nicht mehr gegen die Arbeiter angewandt wird, andererseits der Wirtschaft vom Staat Grenzen gezogen werden (Wirtschaftsgesetzgebung, staatliche Sozialpolitik), wendet man sich gegen den „Parteiaustaat“, „Fürsorgestaat“ und die „Sozialbürokratie“; bezeichnet die Kommunalwirtschaft als Schrittmacher zum „Wohlfahrtsstaat“ — als Eroberungsfeld des Sozialismus (letzteres, um den Bürger zu schrecken). Herr Generaldirektor Vögler meint: „Die Wirtschaft hat das größte Interesse an der Macht des Staates“, fügt jedoch später bedeutungsvoll hinzu: „Differenzen entstehen, wo der Staat seine Macht mißbraucht.“ Befähigung der Staatskallmacht also, wenn er der Wirtschaft keine Beschränkungen auferlegt. Wo der Hase im Pfeffer liegt, zeigt die Formulierung des Fabrikbesitzers Müller (Orlinghausen) auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie: „Produktion plus — Rente minus.“ Es ist also die Rente in Gefahr — selbst eine Verkürzung derselben durch die moderne Sozialpolitik wird höchst unangenehm empfunden. Daher die Abneigung gegen den sogenannten „Versorgungsstaat“ und die

Behauptung, daß es eine These des „Primates der Sozialpolitik vor der Wirtschaftspolitik“ gebe. Die Frage steigt auf, wo? Ferner behauptete Herr Müller, daß drei Millionen Menschen jährlich für einen Durchschnittslohn von 2000 Mk. für die Durchführung der Sozialpolitik tätig sind. Es bleibt dabei in mystisches Dunkel gehüllt, woher Herr Müller diese Zahlen hat. In der vom Präsidium der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vorgelegten Denkschrift wendet man sich gegen aus der Politik stammende Störungen der Wirtschaft. Als eine solche wird das Eindringen der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft bezeichnet; die öffentliche Hand beeinträchtigt unbilligerweise die Privatwirtschaft — insbesondere aber, wenn diese wirtschaftlicher Arbeit (meint man Rente oder Kosten?). Fortgesetzt habe man Kompromisse mit dem Sozialismus gemacht — Steuer, Abgaben —; durch Staatsbetriebe und staatliche Eingriffe in die Privatwirtschaft diese bedrängt. Die deutsche Wirtschaft stehe am Scheidewege; sie gehe unter, wenn nicht das Steuer in Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik umgelegt werde. Die wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen als Mittel der allmählichen Sozialisierung und als Vorstufe einer kollektivistischen Wirtschaft werden natürlich abgelehnt. Denn die Wirtschaftsdemokratie töte die Initiative und lähme die Verantwortungsfreudigkeit, ohne die kein Fortschritt möglich sei. Taucht die Frage auf, wo noch Initiative der Wirtschaft ist? Die Entwicklung zum Monopolkapitalismus hat sowohl die Freiheit des Eigentums, vor allem aber die Freiheit des Menschen erheblich eingeengt. Alle großen Entscheidungen in der Sphäre der ausschlaggebenden Industrien werden gemeinsam durchgearbeitet und kollektiv in Wirkung gesetzt. Es ist durchaus berechtigt, von einem industriellen Hauptquartier zu sprechen — von der Initiative des Einzelunternehmers kann wirklich nicht mehr die Rede sein. Verlangt wird in der Denkschrift vor allem: Beseitigung der staatlichen Zwangseinwirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; denn die bestehende Schlichtungsordnung soll zum Beispiel zu einer gefährlichen „Verantwortungsbewußtseinsverminderung“ geführt haben.

Als Parole wird ausgegeben die „Sammlung aller aufbauenden Kräfte“. Diese müßten sich in breiter, einheitslicher Abwehrfront gegen alle wirtschaftsfeindlichen Bestrebungen zur Wehr setzen, um der privaten Wirtschaft die Freiheit zu gewinnen — da sonst der Untergang drohe. Aus dieser Einstellung ergibt sich für die Unternehmerpolitik als Tendenz: Abbau der Sozialpolitik auf der ganzen Linie — die Machtlosigkeit des Staates sowie der Gewerkschaften als den sogenannten wirtschaftsfeindlichen Kräften.

II.

Nun zu den Experimenten der Großindustrie — die Gewerkschaften zu schwächen durch Werksvereine, Werkszeitungen (diese sind gedacht als Ventil für den aufgeregten Grimm der Werksarbeiter — in diesen Organen darf nämlich geschimpft werden) und das „Dinia“, vollkönnig und unverfänglich: „Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung, Düsseldorf“. Das Dinia entspringt derselben Quelle wie die Werksvereine und Werkszeitungen, alle haben dieselben Freunde und Förderer. Die Werksvereine werden vor allem vom Stahlhelm gestützt. Düsterberg will „nicht mehr an den vergifteten Früchten der Gewerkschaften teilhaben“ — und baut daher weiße Zellen. Doktor Bang — seinerzeit Finanzminister von Kapps Gnaden — fordert, daß das Geld für die Sozialpolitik den Werksvereinen gegeben werde, dann brauche man keine Gewerkschaften und keine Sozialpolitik mehr; geschäftliches Verbot der Gewerkschaften (Heiterkeit überall). In seinem Buch „Deutsche Wirtschaftsziele“ sagt er: „Der Werksvereinsgedanke ist die denkbar schärfste Ablehnung der Gewerkschaften.“ Nach Bang soll der Unternehmer der Führer in und außerhalb des Betriebes sein. So wird also als das Ziel sichtbar: Alleinherrschaft der Kapitalmacht (Unternehmermacht). Die kapitalistische Ordnung hat nie Verantwortung für den Menschen gekannt — heute kommt sie auf den Gedanken der Menschenbewirtschaftung (Menschenökonomie), da die gegenwärtige soziale Machtverteilung sie daran hindert, brutal auszubeuten. Es handelt sich natürlich nicht nur um eine Menschenbewirtschaftung im Sinne der Rationalisierung der Arbeitskraft, sondern mehr noch im Sinne des geistig-seelischen Einspiennens, Einfangens und Beeinflussens. So sollen die Werksvereine die Mittler zwischen „Werk und Mensch“ sein. Wir haben die von dem „freien Gewerkschafter“ Dr. Striemer geleitete Vorfig-Werkszeitung (besteht seit 1924) gründlich durchgearbeitet. Sie ist die bestredigierte Werkszeitung, aber auch die gefährlichste. Es wird vor allem in Sachlichkeit geminkt; denn Vertreter aller Organisationen kommen zum Wort. Man ist nicht einseitig parteiisch und predigt: „Seid gute Nachbarn!“ Es darf geschimpft werden — der Werksgrimm darf abgeladen werden. Herr Striemer nennt das nicht ohne Sinn für Ironie: Sentil. Man wird in besseren Kontakt mit der Arbeiterkraft kommen, da man doch jetzt weiß, daß der Arbeiter eine Seele hat — wir ziehen vor, das Chloroformierungsversuche zu nennen. Ein Werksvereinsmann schlägt

vor, die W.B. müsse öffentliche Belobigungen enthalten für besonders wertvolle Leistungen (also System der Korruption und Antreiberei). Selbstverfertigte Gedichte kommen zum Ausdruck, wie etwa „Die Seele des Schraubenschlüssels“. Jubilare sollen gefeiert und ihnen „Dank und Anerkennung“ ausgesprochen werden. Bericht der Sterbefälle unter der Rubrik „Unsere Toten“; eine Rubrik „Opfer der Arbeit“ ist nicht vorhanden.

Herr Vorfig schreibt eine lange und eindringliche Abhandlung: „Betrachtungen zur Sozialpolitik.“ Er ist keineswegs gegen Sozialpolitik, o bitte nein, nur für das richtige Ausmaß, denn „man kann warm fühlen — aber doch sehr kühl denken“. (Sozusagen Vorsicht Privat-Sozialtheorie.) Eine Überspannung der Sozialpolitik führe eben zur Arbeitslosigkeit (siehe wohl, Prolet, ist doch alles nur zu deinem Wohle) und psychologisch dahin, daß der Zwang aufhöre, sich selbst in jeder Lage zu helfen. Akkordsystem gilt ihm natürlich als reinster Grundsatz eines gerechten Lohnes — weil nur die Leistung bezahlt wird. (Vom Extra-
profit durch Akkordarbeit wird schamhaft geschwiegen.) Die Arbeitszeit will Herr Vorfig ebenfalls nach Leistung bestimmen wissen — wer aber die Leistung bestimmen soll, wird nicht ver-raten; wir ahnen es. Auch die Erwerbslosenfürsorge ist sein Sorgenkind; sie muß so gestaltet sein, daß der Arbeits-wille, die Umstellungsfähigkeit nicht gehemmt werde. Eine ziemlich unverfängliche Formulierung des Vorsichtigen Abbau-wunsches.

Ihm schließt sich würdig der Herr Schriftleiter Striemer an. In dem von ihm behandelten Problem „Führung und Ver-trauen“ wünscht er, „an Stelle des Klassenkampfes muß die Volksgemeinschaft“ treten — über die Verwirklichung dieses nicht ganz neuen Gedankens sollte doch Striemer mal mit seinem Chef reden. Weiter meint er, daß die besten Köpfe des Bürgertums und die der Arbeitnehmer sich zu einer fruchtbareren Gemeinschaftsarbeit zusammen tun sollten. „Das sollte unser Weg sein.“ (Man danke alle Gott und Striemer, alle sozialen Nöte sind gelöst.) An anderer Stelle entwickelt er eine geradezu berauschende Ansicht: „Solange der Aufstieg in das Bürgertum frei ist, und der übergroße Teil des Bürgertums ist ja aus der Arbeiterschicht empor-geklommen, insbesondere die Unternehmer selbst, und dieser Aufstieg vollzieht sich täglich weiter, ist die Behauptung, es bestände ein Kampf des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft, absurd. (??? D. V.) Im Gegenteil hat das Bürgertum das allergrößte Interesse an der Verbreiterung seiner Schicht durch Verbürgerlichung des Proletariats, um seinen Einfluß gegenüber dem Großbesitz zu stärken. (!) Damit auf dem Wege der Gesetzgebung ein notwendiger, gesunder Ausgleich in der Besitzmacht herbeigeführt wird.“ Et, ei! Der Wissenschaftler Striemer kumt anscheinend die einfachsten ökonomischen, psychologischen, soziologischen Tatbestände nicht und scheint sehr beeinflusst von seinem „wertvollen“ Mitarbeiter, dem Arbeitgeber-Soziologen Professor Dankmann — dessen Ob-
jektivität übrigens von seinen Kollegen mit Recht sehr be-zweifelt wird. Wir sehen jedenfalls dieses Bindglied zwischen „Werk und Mensch“, das sich zum Segen für alle die, die dem Werk verbunden sind, auswirken soll (es fehlt nur noch der liebe Gott, doch der hat in der Industrie keinen Platz), als einen Versuch der Verhüllung der wahren Absichten der Unternehmer an und sagen mit Cassale: „Solche Blätter kre-benzen den geistigen Tod aus tausend Röhren“: nämlich dem Proleten. Die Gewerkschaften und ihre Funktionäre sollten diesen Ablenkungsversuchen größte Aufmerksamkeit widmen.

Das Arbeitsjahr 1929 in Großbritannien.

Die Wirtschaftskrise, die bald nach Kriegsende ansbrach, dauerte noch immer an. Sie findet den Ausdruck in Ab-friedung und Arbeitslosigkeit, worunter jene Industrien am meisten zu leiden haben, die zu einem großen Teil auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesen sind. Ende 1929 traten auch finanzielle Schwierigkeiten auf, die ihre Ursache in der voranschreitenden Abwertungsaktion hatten.

Eine geringe Besserung der Wirtschaftslage war 1929 immer-hin zu verzeichnen. Die Statistik der Arbeitslosenversicherung zeigt, daß die Zahl der in Arbeit stehenden versicherten Personen im Alter von 16 bis 64 Jahren von 10 017 000 Mitte 1928 auf 10 191 000 Mitte 1929 angewachsen ist. Der durchschnittliche Stand der Arbeitslosen war 1929 10,5 Prozent, verglichen mit 10,5 Prozent 1928. Ende 1929 wurden 1 072 000 Vollarbeitslose gezählt, ferner 272 000 Kurzarbeiter, die zum Bezug der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung berechtigt waren.

Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt setzte im März ein und dauerte bis zum Juni, worauf ein erneutes Ansteigen der Arbeits-losigkeit folgte, die jedoch auch dann niedriger blieb als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

In den Industriezweigen, die uns hier besonders interessieren, war die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen Mitte 1928 und Mitte 1929 wie folgt:

	Zahl der Versicherten 1928	1929
Chemische Industrie	100 300	105 800
Erzeugnisseindustrie	20 050	18 200
Farbenindustrie	18 630	18 910
Die Zette usw.	75 210	75 170
Papierherstellung	33 450	33 230
Gummiindustrie	62 630	65 310
Erzeugnisseindustrie usw.	13 630	13 750
Erzeugnisseindustrie	11 710	12 560

Eine Zunahme der versicherten und somit auch der beschäftigten Personen trat ein in der chemischen Industrie, der Farbenindustrie, der Papierherstellung, der Gummiindustrie, der Erzeugung von Eisen usw. und in der Erzeugnisseindustrie. Die Zunahme war allerdings in den meisten Fällen nicht bedeutend.

Die nachstehenden Zahlen veranschaulichen den Umfang der Arbeitslosigkeit in den gleichen Industriezweigen am Ende eines jeden Quartals des letzten Jahres:

	Arbeitslos waren von 100 der Versicherten			
	März	Juni	Sept.	Dez.
Chemische Industrie	6,1	6,1	6,6	6,9
Erzeugnisseindustrie	3,7	3,5	5,1	5,0
Farbenindustrie	4,7	4,1	4,5	4,5
Die Zette usw.	3,8	7,5	6,7	6,2
Papierherstellung	4,0	4,2	4,5	4,3
Gummiindustrie	7,3	7,0	7,9	10,2
Erzeugnisseindustrie usw.	4,5	3,9	4,9	5,7
Erzeugnisseindustrie	6,2	5,2	5,7	5,8

Der Umfang der Arbeitslosigkeit blieb hier überall und meist erheblich unter dem durchschnittlichen Stand für alle Industrien und Gewerbe gerechnet. Auch waren die prozentualen Schwankungen der Arbeitslosenquote in der Regel nicht sehr groß.

Der Berechnung der Arbeitslosenbestände sind durchweg sowohl Vollarbeitslose wie unterstützungsberechtigte Kurzarbeiter zugrunde-gelegt.

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit ist etwas größer, als in den vorstehenden Zahlen zum Ausdruck kommt, da der Zahlung jene nicht bezugsberechtigten Arbeitslosen entgegen, welche die Meldung bei den staatlichen Arbeitsnachweisen unterlassen. Bei den monatlichen Zahlungen der Arbeitslosen werden alle die ausgeschlossen, von denen bekannt ist, daß sie in einen nicht versicherten Beruf übergingen, oder daß sie krank, abgereist oder ausgewandert sind. Wird über den Verbleib einer arbeitslosen Person nichts bekannt, so erfolgt zwei Monate nach ihrer letzten Meldung beim Arbeits-nachweis die Streichung aus dem Stand der Arbeitslosen.

Die Löhne hatten, wie schon seit Jahren, eine sinkende Tendenz. Alle vom Arbeitsministerium ermittelten kollektiven Lohnänderungen brachten 1929 für 137 000 Arbeiter Erhöhungen und für 915 000 Arbeiter Senkungen der Löhne. Für die Keramik-, Glas- und chemische Industrie, welche die amtliche Statistik der Lohn-änderungen zu einer Gruppe zusammenfaßt, ergibt sich folgende Übersicht:

	Lohnerhöhungen	Lohnkürzungen
	Zahl der beteiligten Arbeiter	
1928	200	4250
1929	9350	500

Wird der Betrag der Lohnkürzungen von dem Betrag der Lohnerhöhungen im Jahre 1929 abgezogen, so war das reine Er-gebnis der Lohnänderungen in dieser Gruppe von Industriern eine Lohnherabsetzung der beteiligten Arbeiter um etwa 12 300 Mk. in der Woche.

Die Mehrgeld der Kosten der Lebenshaltung stand am 1. Januar 1929 um 67 Prozent und am 1. Januar 1930 um 66 Prozent über der 1914 erreichten Höhe. Die Preise sanken bis Anfang Juni und stiegen dann etwa bis Ende Oktober; im De-zember folgte eine unbedeutende Senkung. Von den Nahrungs-mitteln abgesehen, waren die von Monat zu Monat festgestellten Preisschwankungen belanglos.



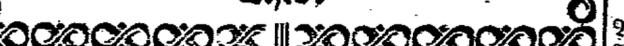
Keine

Betriebsvertretung zu haben, ist für die Arbeiterschaft eines Betriebes unerträglich. Das Fehlen einer gesetzmäßigen Betriebsvertretung hat eine ganze Reihe schwerwiegender und empfindlicher Nachteile für die Arbeiterschaft im Gefolge. Es ist darum selbstverständlich und im eigenen Interesse geboten, daß in jedem Betriebe nach den Bestim-mungen der Gesetze eine Betriebsvertretung gewählt wird. Für jeden freigewerkschaftlich organisierten Kollegen ist es aber eine weitere Selbstverständlichkeit, daß er keine

andere

Liste für die Betriebsvertretung wählt, als die von seinem Verbands- oder Gewerkschaftsausschuss mit der Arbeiterschaft der Betriebe aufgestellte Liste. Ein Betriebsrat, der nicht in steter, enger Verbindung mit der freien Gewerkschaft sein Amt ausübt, wird der Arbeiterschaft mehr Schaden als Nutzen. Darum gibt es für dich bei der Wahl der Betriebsvertretung keine christliche Liste, keine Liste der Unorganisierten und Gelben, keine Liste der gewerkschaftsfeindlichen und gewerkschaftsverhöhnenden Kommunisten, sondern einzig und allein deine Verbands-

Liste!



Der Umfang der Streiks und Aussperrungen war 1929 zwar wieder größer als im vorausgegangenen Jahre; die Be-teiligung nahm von 124 000 Arbeiter auf 532 000 Arbeiter zu; aber nur in der Baumwollindustrie kam ein bedeutender Arbeitskampf mit 388 000 beteiligten Arbeitern vor. In der chemischen und ver-wandten Industrie waren Arbeitseinstellungen 1929 nicht zu verzeichnen.

Die Gesamtmitgliedszahl der Gewerkschaften steht für 1929 noch nicht fest; die Mitgliedszahl jener Organisationen, welche dem Gewerkschaftskongress angeschlossen sind, sank von 3 815 000 im Jahre 1928 auf 3 673 000 im Jahre 1929.

Die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden.

Das Reichsarbeitsministerium gibt im Reichsarbeitsblatt die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden für das Jahr 1928 bekannt. In diesem Jahr erledigten die Schlichtungsanschlüsse 7348 Schlichtungsverfahren, weitere 489 Verfahren erledigten die vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter. Von 7348 Schlichtungsverfahren der Schlichtungsanschlüsse wurden 594 vor der Verhandlung, 922 im Vorverfahren, 5780 im Ver-fahren vor der Schlichtungskammer und 252 auf andere Weise erledigt. Die vor dem Schlichter anhängig gemachten Ver-fahren zeigen eine ähnliche Erledigung. In den 5780 vor der Kammer der Schlichtungsanschlüsse verhandelten Fällen wurden 786 durch Einigung, 4365 durch Schiedspruch und 629 auf andere Weise geregelt. Von beiden Seiten ange-nommen wurden 1603 Schiedsprüche; abgelehnt wurden im ganzen von Gegnern 2339, und zwar 1694 Schiedsprüche nur von den Arbeitgebern, 582 nur von den Arbeitnehmern und 263 von beiden Seiten. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, daß die Unternehmer in der Ablehnung von Schiedsprüchen weitans an der Spitze marschieren. Von den Verfahren über die 1814 Urträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schieds-
sprüchen erledigten sich 46 durch Einigung vor dem Eintritt in die Verhandlungen, in 771 Fällen erzielten sich die Gegner vor der Behörde, in 84 Fällen nach Verhandlung außerhalb des Verfahrens. Im ganzen endeten also 901 Verfahren = 49,67 vom Hundert mit einer Einigung, in 434 Fällen = 23,93 v. H. wurde die Verbindlichkeitsklärung angesprochen, in 479 Fällen = 26,41 v. H. wurde sie abgelehnt. Im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1928 betrug der Prozentsatz, der durch Einigung erledigten Fälle 44,43 v. H., so daß 1928 eine Steige-rung der Einigungsfälle um 5,24 v. H. zu verzeichnen war. Die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen wurde 1928 in 29,93 v. H. Fällen angesprochen. Der Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1928 beträgt 25,12 v. H. In 479 Fällen wurde die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt. Danach trat in 266 Fällen ein tarifvertragloser Zustand ein, in 51 wurde ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet, in 124 einigte man sich nachträglich auf neuer Grundlage und in 14 Fällen wurde nach einem Arbeitskampf eine neue Vereinbarung zwischen den Gegnern geschlossen.

Das ist ein kurzer Überblick über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden in einem Jahr. In den ersten Jahren nach der Stabilisierung mußten mehr Streitigkeiten im sozialen Kampfe geschlichtet werden. 1924 z. B. mußten 18 575 und 1925 13 418 Schlichtungsverfahren durchgeführt werden. Im Jahre 1928 war die Zahl auf 5043 herabgesunken. 1927 mußten 8436 und 1928 8087 Verfahren erledigt werden. Bei der Beach-tung dieser zahlreichen Inanspruchnahmen der Schlichtungs-behörden wird jeder zu der Überzeugung kommen, daß diese eine durchaus wichtige Einrichtung sind. Ohne den staatlichen Schlichtungsapparat müßten die sozialen Auseinandersetzungen auf eine weit schärferen Weise durchgeführt werden.

Frauenfragen.

Die Frauenarbeit nach den Berichten der Gewerbe-aufsichtsbeamten über das Jahr 1928.

Trotz besonderer Arbeiterinnenschutzgesetze, trotz tariflicher Abmachungen und besonderer gesetzlicher Arbeitszeitregelung zeigt die Praxis noch viele skandalöse Mißstände, zahlreiche Verstöße gegen die Bestimmungen, sogar wiederholte und schwere Überschreitungen derselben. Nicht genug damit, daß Frauen oft bei den für sie verbotenen Arbeiten angetroffen werden, ist offenkundige Mißachtung der gesetzli-chen Arbeitszeit, sogar Nichterhaltung des Nach-
arbeitsverbotes für Frauen festgestellt worden. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten über das Jahr 1928 enthalten da recht interessante Feststellungen.

Regierungsbezirk Liegnitz berichtet z. B.: „Ver-folgungen gegen die Arbeitszeit wurden wiederholt festgestellt, sogar gegen das Nacharbeitsverbot.“ In der Provinz Ober-schlesien wurde ermittelt, daß in drei Ziegeleien die Arbeit-erinnen an Sonnabenden 9 Stunden beschäftigt wurden. Stark verbreitet ist dort noch die Unsitte, die Arbeiterinnen zum Transport von Materialien bei Bauten zu „verwenden“. Gegen einen Tiefbauunternehmer wurde ein Strafverfahren eingeleitet, weil er Frauen beim „Glaisstopfen“ beschäftigte. Wegen Beschäftigung von Arbeiterinnen in Steinbrüchen, Sandgräbereien und Ziegelringöfen (alles verbotene Arbeit für Frauen) wurden vier Arbeitgeber bestraft. Bestrafungen sind überhaupt öfter vorgekommen. In einem Fall im Re-gierungsbezirk Trier hatte der Vertreter der Staatsanwaltschaft für einen Meister die lächerliche Geldstrafe von 5 Mk. beantragt, weil er die Arbeiterinnen von 6 bis 20 1/2 Uhr, teil-weise sogar bis 22 Uhr beschäftigt hatte. Es wurden ferner in einer ganzen Reihe von Berichten aus den verschiedensten Bezirken Verstöße gegen die Arbeitszeit und Pausen sowie ungesetzliche Beschäftigung von Arbeiterinnen festgestellt.

Ein recht betrübliches Kapitel ist die fortwährende Über-schreitung der gesetzlichen Arbeitszeit und die Nichterhaltung der Pausen. Hier sind die Kolleginnen oft selbst mit schuld, da sie die verlangte Überstundenarbeit in den meisten Fällen widerspruchslos leisten, einmal aus Angst vor der Entlassung und zum anderen des Mehrverdienstes wegen. Hier müssen unsere Kolleginnen, wo es nötig ist, natürlich auch auf das unsoziale Handeln ihrer arbeitslosen Kolleginnen und Kol-legen gegenüber aufmerksam gemacht werden. Fehlende Solidarität stärkt das Unternehmertum, schädigt die Arbeiter-schaft, hält den Fortschritt auf.

„Um den Schutz der Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft zu fördern“, so meldet ein Bericht aus Württemberg, hat das Wirtschaftsministerium ein Merkblatt zu dem Gesetz vom 18. Juli 1927 herausgegeben und den Betrieben mit gewerblich beschäftigten Frauen sowie den Wohlfahrtsstellen der verschiedenen Art zum Aushang übersenden lassen. Thüringen meldet über ähnliche Ver-strebungen: „Besondere Aufmerksamkeit wurde im Berichtsjahr dem Schwangerschutz zugewandt. Der Landtag von Thüringen beschloß folgende Anweisung an die Gewerbeaufsichtsämter:

1. Schwangere Arbeiterinnen sind vor Hitze, Dämpfen, üblen Gerüchen durch Unterbringung in einem für sie geeigneten Arbeitsraum zu schützen.
2. Für schwangere Arbeiterinnen, die ihre Arbeit im Stehen oder Laufen verrichten müssen, ist auch während der Arbeitszeit für kurze Pausen Sitzgelegenheit zu schaffen.
3. Medikamente, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zu-stande der Schwangerschaft erforderlich sind, sind bereitzustellen.
4. Schwangeren Arbeiterinnen in Betrieben mit zahl-reichem weiblichen Arbeitspersonal sind freundlich ein-gerichtete Zimmer zur Verfügung zu stellen, in denen sie während der Pausen sowie bei Schwäche oder sonstigen sich aus der Schwangerschaft ergebenden Unfällen Ge-legenheit zu bequemem Liegen haben.
5. In Großbetrieben sind gute Kantinen einzurichten und Speisen und Getränke bereitzuhalten, die den Bedürf-nissen schwangerer Arbeiterinnen entsprechen.
6. Die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten sind zur be-sonderen fürsorgenden Beaufsichtigung der Schwangeren im Arbeitsprozeß verpflichtet.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben somit die dringende Pflicht, in den Betrieben für Durchführung dieser Bestim-mungen zu sorgen. Besonders in der thüringischen Industrie ist auf strengste Durchführung des Arbeiterinnen- bzw. Schwangerschutzes zu achten. Die schwere und oft gesund-heitsgefährdende Frauenarbeit in der Porzellan- und Glas-industrie erfordert unbedingt erhöhten Schutz für Arbeit-erinnen. Wo die Arbeiterinnen unorganisiert sind, kümmert sich meist niemand um die Mißstände. Wir mußten selbst schon feststellen, daß es sogar vorkommt, daß Arbeiterinnen in einer Glasblumenfabrik (in Steinach) Tag und Nacht arbeiten, und zwar in zwei Schichten (von 7 Uhr morgens bis 1/2 7 Uhr abends und von 7 Uhr abends bis 1/2 7 Uhr morgens). Unter den Beschäftigten befindet sich sogar noch eine Anzahl fort-bildungspflichtiger Arbeiterinnen, die 1/2 7 Uhr die „Nach-schicht“ verlassen und um 8 oder 9 Uhr in die Fortbildungs-schule müssen. Unverständlich ist es, daß solche Mißstände von der zuständigen Gewerbeaufsicht gebuldet werden. Aber es gibt hier sicher auch noch allerhand Einwendungen des Unter-nehmers. Z. B. sollte im vorliegenden Fall erst ansprobiert werden, ob der Betrieb sich rentabel gestalten wird. Später sollte dann evtl. angebaut, d. h. vergrößert werden, um dann

geregelt Zustände herbeiführen zu können. Solange besteht es für die Arbeiterinnen: „Geduld üben“... Die Arbeiterinnen selbst in diesem Betrieb schweigen sich zu den samstäglichen Verhältnissen aus, sie „verraten“ nichts, damit sie nicht arbeitslos werden. Natürlich sind dort schlechte Organisationsverhältnisse.

Der Wohnungsfrage legt der Bericht aus Breslau eine besondere Bedeutung bei, indem er darauf verweist, daß trotz der besonders großen Wohnungsnot die Arbeiterwohnheime der Textil- und Porzellanindustrie für ledige Arbeiterinnen so wenig benutzt werden, daß einige von ihnen infolge mangelhafter Belegung geschlossen werden mußten. Als Grund für solche Maßnahmen wird bezeichnenderweise angegeben, daß der unvermeidliche Zwang, dem sich die Arbeiterinnen solcher Heime unterwerfen müssen, abstrakt und unklar ist. Es wäre zu wünschen, wenn die interessierten Kolleginnen sich mal über den „unvermeidlichen Zwang“ äußern würden. Dann würde sich die Unfähigkeit der Verantwortlichen bald herausstellen haben. Es ist wirklich nicht einzusehen, daß es an den Arbeiterinnen liegen soll, wenn soziale Maßnahmen nicht durchgeführt werden. Dabei soll es sich um Heime handeln, die angemessen eingerichtet sind und für geringes Entgelt eine gesündere Wohn- und Schlafgelegenheit bieten, als viele Ledige sich aus eigenen Mitteln schaffen können.

In den Jahresberichten werden auch schwere Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz angeführt. Darüber wollen wir aber später einmal schreiben.

Unsere Aufgabe kann es nur sein, diesen Dingen, überhaupt der Möglichkeit des beherrschenden Einschreitens, erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Mißstände sind so zahlreich, daß unbedingt schärferes Vorgehen der Gewerbeaufsicht verlangt werden muß, besonders dann, wenn es sich um bekannt reaktionär eingestellte Unternehmer handelt, die jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in gefährlicher Weise auszuheuten „sich die Ehre geben“. Wo wir stark genug sind, müssen wir unseren gewerkschaftlichen Einfluß entscheiden lassen. In gut organisierten Betrieben werden sich die Zustände ohnehin nicht so kraß auswirken. Aber trotzdem können wir uns mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und mit den vielfach noch anzutreffenden Mißständen nicht zufrieden geben, sondern müssen bereit sein, für Besserung einzutreten. Das sollte das Bestreben aller Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben sein.

Anna Zammert.

Nicht mit dem Feuer spielen!

Im übertragenen Sinne allerdings ist das Spielen mit dem Feuer in unserer krisenreichen Zeit eine beliebte Beschäftigung. Leider kommt es aber auch im ersten und ursprünglichsten Sinne immer wieder vor. Immer wieder erscheinen in den Zeitungen Notizen unter der Überschrift „Feuersbrunst durch spielende Kinder“ oder so ähnlich. Nicht umsonst haben während des Krieges, als die Mehrzahl der Frauen in der

Gesundheitsdienst des Erntebundes deutscher Kräfte in Berlin-Charlottenburg.



Das Streichholz als Spielzeug. Gefährlich und teuer - hat oft schon entzündet Vernichtendes Feuer. Originalzeichnung von H. Weimann.

Mantelindustrie oder sonst außerhalb des Hauses tätig war, große Feuerversicherungs-gesellschaften erhebliche Mittel ausgegeben, um Kinderbewahranstalten und Kinderhorte einzurichten. Sie hofften, dadurch die Gefahr der durch Kinder verursachten Brände einzudämmen. Aber auch heute noch sind zahlreiche Mütter gezwungen, ihre Kleinen allein zu Hause spielen zu lassen. Zu den gefährlichen Dingen, die sorglos verborgen und dem Zugriff der Kinderhand entzogen werden müssen, sollte in jedem Falle die gefüllte Streichholzschachtel gehören.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Die Entwicklung der Unfallversicherung.

In „Wirtschaft und Statistik“ wird jetzt der Abschluß der gesetzlichen Unfallversicherung vom Jahre 1928 veröffentlicht. Die Zahl der versicherten Betriebe, der Vollarbeiter und der Versicherten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften hat sich erneut erhöht. Die Zahl der Betriebe ist um 39 069 auf 956 880, die der Vollarbeiter um 448 744 auf 10,6 Millionen gestiegen. Die Zunahme der Betriebe wie der Arbeiter war nicht gleichmäßig. Der Umfang der Unfallversicherung nach der Zahl der Versicherten ist um 0,5 Millionen Personen auf 26,8 Millionen gestiegen; von diesen waren 2,5 Millionen sowohl im Gewerbe, als auch in der Landwirtschaft beschäftigt. Nach Abzug der doppelt Versicherten stellte sich also die Versichertenzahl auf 23,3 Millionen gegen 22,8 Millionen im Jahre 1927. Auf 1000 Versicherte entfielen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 6,14 erstmalig entschädigte Unfälle gegen 5,33 im Vorjahre. Die Zahl der rentenberechtigten Verletzten ist von 1927 auf 1928 um 54 013 auf 791 968 gestiegen. Insgesamt liefen im Jahre 1928 977 599 Unfallrenten gegen 916 127 im Vorjahre. Die Einnahmen der Unfallversicherung stellten sich insgesamt auf 365,9 Millionen Mark gegen 372,6 Millionen Mark im Vorjahre. Die Ausgaben fielen um 11,9 v. S. und die Einnahmen um 0,5 v. S. Das Vermögen der Unfallversicherung stellte sich Ende 1929 auf 297 Millionen Mark. Im ganzen zeigt also die Unfallversicherung eine ziemlich günstige Entwicklung.

Wirtschaftliches.

Belebung der Wirtschaft durch Kapitalzufluß.

Die internationale Wirtschaftslage ist zur Zeit durch eine überall wahrnehmbare Geldverknappung gekennzeichnet. Allen voran steht Frankreich, wo eine wahre Geldflut zu verzeichnen ist. Der französische Diskontsatz ist der niedrigste von allen Industriestaaten. Die internationale Geldflüssigkeit wird alsbald einen stärkeren Kapitalzufluß für Deutschland bringen. Die hohen Zinssätze hierzulande dürften dabei als Anziehungspunkt wirksam werden. Der Ausgang der Haager Konferenz hat das Vertrauen zu Deutschland wesentlich gestärkt. Die Ratifizierung des Young-Planes wird dieses Vertrauen noch verstärken. Es ist als sicher anzunehmen, daß der Geldzufluß nach Deutschland alsbald einsetzen wird. Die große Siemensanleihe wird 150 Millionen Mark neue Mittel bringen. Im Laufe des ersten Halbjahres wird wahrscheinlich auch die 400-Millionen-Anleihe der Reichsbahn und der Reichspost perfekt werden. Ferner wird nach der Ratifizierung der Reparationsabmachungen die erste Rate der Zündholz-anleihe zur Auszahlung gelangen können. Die Geldnot scheint also bald behoben zu sein. Allein die 400 Millionen für die Reichsbahn und die Reichspost können zur Ankurbelung der Wirtschaft dienen. Ein Umschwung der Konjunktur dürfte also in naher Aussicht stehen. Es kommt nun noch darauf an, daß alle Hindernisse hinweggeräumt werden. Zuerst müßte die Reichsbank auf dem Wege der Diskontsenkung weiter-schreiten. Die Situation bei der Reichsbank, das Deckungsverhältnis des deutschen Geldes und viele andere Umstände lassen eine weitere Diskontsenkung zu.

Andere Aufgaben - andere Mittel.

Die soziale Revolution setzt die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraus, und das Proletariat konnte und kann die Staatsgewalt nicht anders als mit revolutionären Mitteln erobern. Ist aber erst die politische Macht erobert, dann ist dem Proletariat eine ganz neue Aufgabe gestellt, die nicht mehr mit den Mitteln, die der politischen Revolution angemessen waren, bewältigt werden kann. Denn die politische Revolution kann immer nur, wie Marx sagte, „die Elemente der künftigen Gesellschaft freisetzen“; aus diesen Elementen aber die neue Gesellschaft aufzubauen ist eine Aufgabe, die nicht im Straßenkampf, nicht im Bürgerkrieg, sondern nur in schöpferischer Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeit vollbracht werden kann. Otto Bauer („Der Weg zum Sozialismus“).

Berichte aus den Zahlstellen.

Wittling. In der Delegierten-Generalversammlung unserer Zahlstelle, die am 26. Januar 1930 in Troßberg stattfand, waren neben den Vertretern des Hauptvorstandes und der Gauleitung 78 Vertreter (darunter 7 Kolleginnen) anwesend. Weitere 42 Kolleginnen und Kollegen nahmen als Gäste teil. Der Arbeiter-Gesangsverein Troßberg leitete die Versammlung mit dem Liede „Wann wir schreiben“ ein.

Kollege Röhler (Hannover) hielt ein sehr beifällig aufgenommenes Referat über „Die Aufgaben der Hilfskassierer und Vertrauensleute“. Der Ortsgruppenleiter muß Leiter und Führer der örtlichen Mitglieder und Verbindungsmann zwischen diesen und der Zahlstellenleitung sein. Sein Amt erfordert Rührertätigkeit, Sachlichkeit und genaue Kenntnis der Statuten und viel Tatkraft. Eine Hauptaufgabe ist die Leitung der örtlichen Agitation. Der Kassierer soll nicht nur Beiträge einkassieren; er muß auch Aufklärung geben können. Die Gewinnung der Frauen unserer Mitglieder für unsere Sache ist in erster Linie in die Hände der Kassierer gegeben.

In seinem Jahresbericht schilderte Kollege Meyer zunächst die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage des Jahres 1929. Die Paragraphen 89a und 107c des Arbeitslosenversicherungsgesetzes haben viele Vertretungen vor den Spruchauschüssen notwendig gemacht. Die Arbeitslosenzahl innerhalb der Zahlstelle betrug am 26. Januar 1926 31,2 Prozent, sank von März an bis auf 1,11 Prozent im September und stieg bis zum 28. Dezember 1929 wieder auf 29,61 Prozent. Bestrebungen der Unternehmer auf Verschlechterungen der Urlaubsbestimmungen konnten abgewehrt werden. Die Lohnbewegungen erbrachten in der chemischen Industrie für sämtliche Beschäftigten eine Lohnhöhung um 254 482 Mk., das sind pro Kopf 84,24 Mk., in der Textilindustrie um 29 352,96 Mk., das sind pro Kopf 37,44 Mk., und in der Papierindustrie um 5720 Mk., das sind 52 Mk. pro Kopf im Jahre. Sonach erbrachten die Lohnbewegungen für ein Jahr 289 554 Mk. - Am 1. Juli wurde die Zahlstelle Troßberg mit 200 Mitgliedern mit Wittling verschmolzen. Die dort sehr im argen liegenden Organisationsverhältnisse machten eine umfangreiche Hausagitation notwendig, die uns in kurzer Zeit 129 neue Mitglieder brachte. Als neue Ortsgruppe wurde Karfham genommen. Die Mitgliederzahl stieg so von 1506 auf 1955, 446 Versammlungen, Verhandlungen, Vertrauensmännerführungen ufm. fanden statt. Die Hauptkasse balanciert mit 65 679,57 Mk., die Lokalkasse mit 34 281,91 Mk. Der Lokalkassenbestand ist 5142,96 Mk. An Unterführungen wurden 1929 17 057,11 Mk. ausgezahlt, das sind pro Mitglied 10,50 Mk. Die Beitragseinkünfte sind bei 84 944 verkauften Marken wurden in 51 Wochen pro Mitglied 52,3 Beiträge geleistet. Die Einnahme aus Beiträgen beträgt 84 665,25 Mk. Das ergibt einen Durchschnittsbeitrag von 32,13 Mk. pro Kopf und Jahr oder von 1,02 Mk. pro Mitglied und Woche. - Im Jahre 1930 besteht unsere Zahlstelle 10 Jahre. Das wird nicht nur Anlaß zu einer feierlichen Veranstaltung, sondern auch insbesondere zu einer außerordentlichen Agitation sein.

In der Diskussion, an der sich die Kollegen Jos. Binder, Egleder, Brunnbauer, Schenk und Graf beteiligten, wurde betont, daß die Ausgestaltung der Verbandsorgane mit dem Unterhaltungsstil sehr guten Anklang bei den Mitgliedern und insbesondere bei den Frauen gefunden hat.

Dem Geschäftsführer wurde einstimmig Entlastung erteilt. In einem Antrag wurde eine Änderung der Richtlinien für Einstellung von Arbeitern in der chemischen Industrie dahin verlangt, daß Einstellung von Arbeitern nur durch Vermittlung des Arbeitsamtes erfolgen darf, solange Arbeitslose im Bezirk vorhanden sind.

In die Zahlstellenverwaltung wurden als Bevollmächtigte die Kollegen Reigl, Meyer und Petersen, als Revisoren Brunnbauer, Windorfer und Wicher, und als Beisitzer Binder, Kogi, Egleder, Roider, Saubos und Bauer einstimmig gewählt.

Heilbronn. Am 26. Januar hielt die Zahlstelle die Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der im abgelaufenen Jahre verstorbenen Mitglieder gedacht. Sodann erstattete Kollege Doepfer den Kassierenbericht. Der Stand der Lokalkasse kann als gut bezeichnet werden. Der Mitgliederbestand konnte trotz der schlechten Wirtschaftslage nicht nur gehalten, sondern noch

erhöht werden. 50 invalide Kollegen und Kolleginnen beziehen bereits die Invalidenunterstützung des Verbandes. - Zum Geschäftsbericht führte Kollege Selger aus: Der gedruckte Geschäftsbericht zeigt den Mitgliedern, was für eine Fülle von Arbeit auf den verlebten Jahren insgesamt 738 Versammlungen, Sitzungen usw. abgehalten. In sozialen und bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten hatten wir den Erfolg, daß an die von uns vertretenen Kollegen der Betrag von 5083 Mk. ausgezahlt werden mußte. Die Agitationsarbeit wurde unter Mitwirkung der Gauleitung und von Kollegen des Hauptvorstandes durchgeführt. Im Lohn- und Tarifwesen konnten im vergangenen Jahre trotz der schlechten Wirtschaftslage und dem starken Widerstand der Unternehmer beachtliche Erfolge erzielt werden. In den Industriegruppen mit gutem Organisationsverhältnis gelangten die Lohnbewegungen mit mehr Erfolg und schneller zum Abschluß. Es ist dies ein Ansporn, die Organisation überall noch besser auszubauen. Den Revisionsbericht erstattete Kollege Weisler. Sein Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion kam allgemein das Einverständnis mit der Arbeit der Verwalter zum Ausdruck. Die bisherigen Funktionen wurden wiedergewählt. Kollege Selger schloß die Versammlung mit den Worten: Die Versammlung hat gezeigt, daß das Interesse für das Verbandesleben sehr reger ist und daß wir in gegenseitigem Zusammenarbeiten alles daran setzen wollen, um die Arbeiterbewegung weiter zu fördern. Im Nachmittags konnten sich die Teilnehmer durch eine Besichtigung der musterhaften Betriebsanlagen des Spar- und Konsumvereins Heilbronn überzeugen, daß es möglich ist, durch Zusammenschluß Großes zu vollbringen.

Röln. Werberfolge im Kölner Wirtschaftsgelände. Die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse sind nicht besonders angetan, in der Mitgliederwerbung große Fortschritte zu machen. Aber trotzdem ist es möglich, verstärkter Agitationsarbeit auch in dieser schweren Zeit, die durch Kürzungen und Arbeiterentlassungen gekennzeichnet ist, fruchtbar zu werben. Gerade die gegenwärtige Zeit ist Anschauungsunterricht für diejenigen, die der Organisation noch fernstehen, damit sie erkennen, daß nur durch den Gesamtwillen der Arbeiterschaft eines Betriebes und darüber hinaus eines ganzen Industriezweiges, die gewerkschaftlichen Ergründungen gefaßt werden können. Die Verdienste der Arbeiter herabzusetzen, Akkordabzüge und damit in Verbindung höhere Leistungen zu vollbringen, sind gegenwärtig beliebte Mittel der Unternehmer, um das Lohnkonto zu senken. Auch viele andere Veranlassungen, die man so nebenbei gemöhrt hat und die bei jeder Gelegenheit von den Unternehmern hervorgehoben wurden als besondere freiwillige Leistungen, werden teilweise abgebaut. Eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse wird in vielen Betrieben versucht.

Das alles hat eine Mißstimmung in der Arbeiterschaft erzeugt und die Erkenntnis reifen lassen, daß die gewerkschaftliche Organisation in der gegenwärtigen Zeit notwendiger denn je ist. Es ist selbstverständlich, daß der Anstoß von der Organisation selbst kommen muß, diese Arbeitergruppen, die bisher abseits gestanden haben, nunmehr in die Organisation einzureihen.

So hatte auch die Kölner Ortsverwaltung in der Zeit vom 20. Januar bis 1. Februar 1930 zwei Agitationswochen angelegt. Der Erfolg war durchaus gut und zeigt uns, daß es auch trotz der Wirtschaftskrise und der größeren Schwierigkeiten, die wir zu überwinden haben, möglich ist, gewerkschaftliche Fortschritte zu erzielen. Es wurden insgesamt in diesen zwei Wochen 210 Mitglieder gewonnen, die sich auf die einzelnen Industriegruppen wie folgt verteilten:

Table with 2 columns: Industry type and number of members. Includes Chemische Industrie (110), Steinzeugindustrie (82), Glasindustrie (12), Papierindustrie (7), Sonstige Industrien (19).

Insgesamt 210 Aufnahmen.

Wir haben die berechtigte Hoffnung, daß wir ohne Mitgliederverluste aus der Wirtschaftskrise hervorgehen werden.

P. Herrmann

Leipzig. Die am 31. Januar 1930 im „Volkshaus“ tagende Generalversammlung war recht gut besucht. Kollege Schumann, der den Bericht über das vergangene 31. Geschäftsjahr gab, stellte fest, daß das Jahr 1929 ein Krisenjahr war. Durch den strengen, abnormen Winter und die schlechte wirtschaftliche Lage in der Industrie wurden fast alle für uns zuständigen Branchen in Mitleidenschaft gezogen. Das wirkte sich natürlich auch auf die Organisation aus. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von Monat zu Monat. Wir hatten am Ende des Jahres 1231 Arbeitslose und 1137 Kurzarbeiter. Wenn es uns trotzdem gelang, Lohnhöhungen von 4 bis 6 Pf. zu erreichen, so lag das an der Stärke der Organisation und an dem Kampfeswillen unserer Mitglieder. In 43 Zahlstellenleitungen, darunter 14 erweiterten, 18 Funktionserhöhungen und 21 Mitgliederversammlungen wurden Verbandangelegenheiten behandelt. Die Mitgliederversammlungen waren durch belehrende und Lichtbildvorträge bereichert. Eine Reichskonferenz und fünf Landeskonferenzen wurden besucht. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Gaues Sachlen fand die Zahlstellenleiterkonferenz in Leipzig statt. Die Zahlstelle Pegau-Großsch wurde am 1. Januar mit uns verschmolzen. In der Agitation gelang es uns, durch das systematische Arbeiten der Brancheneleitungen 873 neue Mitglieder zu gewinnen und 352 Mitglieder dem Verband zu erhalten. Für das kommende Jahr gilt es, sich zu rühren, da neue und schwere Kämpfe auf fast allen Gebieten bevorstehen.

Rechtschutz und Bildungswesen behandelte Kollege Jörner ausführlich. 61 Klagen vor dem Arbeits- und Landesarbeitsgericht wurden geführt, und dazu waren 169 Termine vor dem Arbeitsgericht und 20 Termine vor dem Landesarbeitsgericht nötig. 17 000 Mk. konnten wir für die einzelnen klageführenden Kolleginnen und Kollegen herausholen, nicht eingerechnet die Summen, die die Kollegen erhielten, die wieder eingestellt worden sind, entweder durch Verhandlungen mit den Unternehmern oder durch Klagezurücknahme im Säbnertermin. Eine große Anzahl Termine fand außerdem vor den sächsischen und amtlischen Schlichtungsstellen sowie vor den Versicherungsämtern statt. 7 Termine mußten vor dem Zivilgericht wahrgenommen werden. Für die Hilfskassierer fanden drei Kurie statt, um sie mit dem Verbandsstatut vertraut zu machen. In den Kurien vom Gewerkschaftskartell nahmen 66 Funktionäre teil. Eine Kollegin und ein Kollege wurden in Wennigsen zum Schulbesuch zugelassen.

Der Kassierenbericht, vom Kollegen Heinrich erstattet, zeigt Infolge der Wirtschaftslage kein allzu günstiges Bild. Große Arbeitslosigkeit und Krankheit erforderten ziemlich hohe Summen. An Arbeitslose wurden im Berichtsjahre 35 145 Mk. und an Kranke 46 082 Mk. gezahlt. Die Hauptkasse balanciert mit 233 329 32 Mk., die Lokalkasse mit 137 037 24 Mk. Der Lokalkassenbestand betrug Ende 1928 34 587 74 Mk. und am Ende des Berichtsjahres 43 242 88 Mk. An 702 Kolleginnen und Kollegen, die ausgerechnet waren, konnte eine Summe von rund 6500 Mk. als Vollageunterstützung ausgezahlt werden. Der Gesamtmarkenumsatz betrug 261 169 Stück, das ergibt im Durchschnitt pro Mitglied 50,2 Stück mit einem Durchschnittswert von 1,18 Mk.

Der Mitgliederbestand ist stabil geblieben. Trotzdem 873 neue Mitglieder gewonnen wurden, ist die Zahl der Mitglieder nur um 35 gestiegen. Am Ende des vorigen Jahres waren es 5626 und am Ende des Berichtsjahres 5661 Mitglieder.

Eine Kritik an dem Geschäftsbericht fand nicht statt, ein Kollege bemängelte lediglich die lange Laufdauer der Tarifverträge.

Franz Moritz

Weißwasser (O.-L.). Die Delegierten-Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Weißwasser tagte am 2. Februar 1930. Anwesend waren 78 Delegierte, 6 Mitglieder der engeren Verwaltung, 4 Zahlstellenangehörige und der Branchengastgeber. Den Geschäftsbericht erstattete der Zahlstellenleiter, Kollege Lange. Er konnte zu Beginn seiner Ausführungen darauf hinweisen, daß erfreulicherweise auch im Jahre 1929 eine Mitgliederzunahme um 500 zu verzeichnen ist und daß seit der Verschmelzung eine Zunahme um 2024 männliche und 635 weibliche Mitglieder festzustellen ist. Gerade durch die Verschmelzung ist die Agitation in kleineren, früher selbständigen Zahlstellen besonders gefördert worden. Aller-

Mang hatten wir das Glück, im Jahre 1929 nicht sehr viel Arbeitslose zu haben. Stärkere Erwerbslosigkeit setzte erst gegen Ende des Jahres ein.

Kollege Lange schilderte dann die Tarifbewegungen im verfloßenen Jahr. Wenn auch nicht die Erfolge des Jahres 1928 zu verzeichnen waren, so gelang es doch in allen Fällen, Verschlechterungen abzuwehren und für einzelne Branchen und Gruppen Verbesserungen zu erreichen. Die Angriffe der Arbeitnehmer dürften im neuen Jahre aber nicht nachlassen, sondern werden sich wahrscheinlich noch verstärken, so daß wir alle Veranlassung haben, die bisherige Geschlossenheit uns zu erhalten. Darüber hinaus muß immer wieder versucht werden, die unorganisierten Kollegen zu organisieren. Erfolgreicherweise sei es auch in diesem Jahre wieder gelungen, in allen Betrieben Betriebsvertretungen zu wählen, das ist für die ganze Bewegung sicher ein großer Erfolg. In besonders zahlreichen Fällen mußten Arbeitsgerichte und Schiedsgerichte in Anspruch genommen werden, um die Rechte der Kollegen wahrzunehmen. 677 Klagen wurden eingereicht, von denen nur zwölf verloren gingen. Wenn unter diesen auch drei Massenklagen waren (350), die gegen Konkursverwalter oder Betriebe, die kurz vor dem Konkurs standen, gerichtet werden mußten, so beweisen diese Zahlen doch, wie wichtig und wertvoll der Rechtschutz ist, der den Kollegen durch die Organisation gewährt wird. Die Zahl der Sitzungen, Versammlungen, Vertretungen usw. betrug insgesamt 760. Kollege Lange erbat die weitere Mitarbeit aller Funktionäre wie überhaupt aller Kollegen, dann werde es auch in Zukunft vorwärtsgangig sein. Kollege Fiebig erstattete den Kassenbericht. Die Jahreseinnahme betrug 438 123,88 Mk. An die Hauptkasse wurden gefandt 182 365,67 Mk. An Krankenunterstützung wurden 61 326,60 Mk., an Erwerbslosenunterstützung 25 664,10 Mk. gezahlt. Der Kassenbestand in der Lokalkasse beträgt 197 335,39 Mk. Durchschneidlich wurden pro Quartal 12,8 Beiträge gezahlt.

In der sehr sachlich geführten Diskussion erklärten die Kollegen Hentschke und Schenk von der Opposition, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen könne, sondern daß die Gewerkschaften sich in ihrer Taktik umstellen müßten. Die Kollegen Rösner, Budach, Wüßmann und Lange gingen auf die Ausführungen der oppositionellen Redner ein und sagten ihnen, daß ihre Theorien uns nichts Neues bringen, daß uns aber mit ihren Ausführungen nicht geholfen sei, wenn sie nicht gleichzeitig bessere gangbare Wege zeigen könnten. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der bisherigen Verwaltungsmitglieder. Zum letzten Tagesordnungspunkt lag eine Entschließung der Opposition vor, die gegen die Auflösung der Ortsgruppe Heidemühl protestierte und die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen verlangte. Gegen diese Entschließung wandten sich die Kollegen Mann, Jeschke und Hoffmann, und es erfolgte gegen wenige Stimmen Ablehnung der Entschließung.

Nach einigen Mitteilungen des Kollegen Wüßmann machte Kollege Lange noch darauf aufmerksam, daß in der Zeit vom 6. bis 26. Februar im Jahrestellengebiet der Verbandsfilm „Aufstieg“ gezeigt wird. In allen Orten solle auch bei dieser Gelegenheit eine rege Werbetätigkeit entfaltet werden. Wenn zu Beginn des neuen Jahres die Verhältnisse auch nicht die besten sind, so gelte es doch, alle Kräfte anzuspinnen, um trotzdem vorwärtszukommen. Es darf kein Verzag kommen. Wir wollen vorwärts und werden durch Einigkeit und Geschlossenheit auch vorwärtskommen!

Wurgen. Am 2. Februar d. J. fand in Wurgen die Quartals- und Jahresversammlung der Zahlstelle Wurgen des Verbandes der Fabrikarbeiter statt. Anwesend waren 85 Delegierte, dabei sieben Kolleginnen. Vertreten waren 31 Betriebe, doch ist festzustellen, daß immer noch viele Betriebe keine Vertreter entsandten. Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Referat des Ersten Vorgesetzten Herrn W. Bock (Wurgen) über „Youngplan und Arbeiterchaft“. Besonders interessant waren die Ausführungen über die finanziellen Auswirkungen und über die Lastenverteilung.

Der Kollege Bönisch betonte in Geschäftsbericht, daß trotz der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftskrise unser Mitgliederbestand nur um 32 gegenüber 1928 zurückgegangen ist. Dieser geringe Verlust läßt sich durch Agitation in den Bezirken Cobitz und Trebsen, wo noch viele unorganisierte Arbeiter zu werben sind, ausgleichen. Wir werden durch Hausagitation auch im Jahre 1930 die Stämmen noch organisieren und unseren Mitgliederbestand steigern. Es wird dem Unternehmer trotz aller Krisen nicht gelingen, die Gewerkschaften zu zerbrechen. Innerhalb unserer Zahlstelle haben wir einige Betriebsfilialen zu verzeichnen. Die kommenden Lohnkämpfe werden nicht leicht sein. Trotzdem wollen wir den Kampf aufnehmen. Der Kollege Bönisch machte dann längere Ausführungen über das neue, als Bedarfsystem bezeichnete Ausrechnungssystem; er warnte alle Funktionäre, der Einführung dieses Systems zuzustimmen. Am Schluß seiner Ausführungen dankte er allen Funktionären sowie der Verwaltung für ihre tatkräftige Mitarbeit. Kollege Kreis erstattete den Kassenbericht. Am Schluß des Jahres 1929 sind 3168 Mitglieder vorhanden, ein Weniger von 32 Mitgliedern gegenüber 1928. Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Jahreseinnahmen und -ausgaben der Hauptkasse mit 178 220,59 Mk. balancierten. Die Lokalkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 89 456,93 Mk. Eine besondere Unterstützung in Höhe von circa 8000 Mark wurde unseren angeschlossenen Kollegen aus der Lokalkasse zufließen. Dem Kassierer und der Verwaltung wurde die Entlastung einstimmig erteilt.

An der Ansprache beteiligten sich eine ganze Reihe von Kollegen. Einstimmig wurde die alte Ortsverwaltung wieder gewählt; die Verwaltung wurde um einen Sitz vermehrt, und zwar zieht nun erstmalig eine Kollegin in die Verwaltung ein. Kollege Kreis berichtete noch über die Auswirkung unserer Invalidentätigkeit, die am 1. Januar 1930 in Kraft trat.

Kollege Bönisch schloß die Versammlung mit dem Wunsch, das Jahr 1930 möge sich wirtschaftlich besser gestalten, als es augenblicklich den Anschein hat. Aber durch eine enge, geschlossene und starke Arbeit wird es möglich sein, alle Schwierigkeiten zu überwinden.

werden. Die neuen Zölle sind am 1. Januar d. J. in Kraft getreten. In Anbetracht kommt laut Veröffentlichung im Reichszollblatt der autonome Zollfuß von 400 Mk. pro 100 Kilogramm.

Die deutsche Spielwarenindustrie steht in ihrer Mehrheit auf dem Boden des Freihandels. Der Wille der Unternehmer aus der Zelluloid- und Kautschukspielwarenindustrie ist nicht der Wille der gesamten deutschen Spielwarenindustrie. Es soll auch hier zweifelsohne die Erhöhung Mittel zum Zweck sein. Das Wohl der in Frage kommenden Industriegruppen soll angeblich auf wirtschaftlichem Gebiet gefördert werden. Ein Einfuhrzoll auf Gegenstände, die auch das Inland erzeugt, sichert den betreffenden Gewerben, wenn der Zoll längere Zeit besteht, allmählich im großen und ganzen höhere Preise, als sie bei freiem Wettbewerb des Auslandes zu erwarten wären. Diese Wirkung soll sicher auch bei dem Verlangen der Zelluloid- und Kautschukspielwarenindustrie erzielt werden. Vorsicht ist am Platze! Die Auswirkungen können auch ebenfals große Schäden für Industrie und Konsum zeitigen. Der Inlandsmarkt, der in der Nachkriegszeit für Spielfachen aufnahmefähiger geworden ist, könnte durch die Erhöhung des Einfuhrzolles für Spielwaren eine absteigende Kurve einschlagen. Damit wäre zweifellos der Spielwarenindustrie im allgemeinen nicht gedient.

Frankreichs Außenhandel in Spielwaren.

Frankreichs Außenhandel in Spielwaren hat im ersten Halbjahr 1929 im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt 1928 einen Aufstiege in Ein- und Ausfuhr zu verzeichnen.

Die Gesamteinfuhr von Spielwaren beträgt im ersten Halbjahr 1929 = 4420 Zentner im Werte von 18 103 000 Fr. Demgegenüber wurden in derselben Zeit 1928 nur 2438 Zentner im Werte von 17 079 000 Fr. eingeführt. Die Einfuhr hat sich also um 1982 Zentner im Werte von 1 024 000 Frank erhöht.

Die Kapitalnot. Nicht einen Hauch vergeuden sie, nicht einen, nein, alles wird gleich für den Markt geboren, kein Herzensschlag geht ohne Zins verloren, die Herren machen Geld aus ihren Steinen. Georg Herwegh.

Die Ausfuhr von Spielwaren aus Frankreich zeigt folgende Tendenz: Im ersten Halbjahr 1929 wurden 39 037 Zentner im Werte von 79 866 000 Fr. ausgeführt. In derselben Zeitspanne 1928 betrug die Ausfuhr nur 37 428 Zentner im Werte von 75 124 000 Fr. Damit steht fest, daß die Ausfuhr sich im ersten Halbjahr 1929 im Vergleich zur gleichen Zeitspanne 1928 um 1609 Zentner im Werte von 4 742 000 Frank erhöht hat.

Bringt man die Ein- und Ausfuhrzahlen von Frankreichs Außenhandel in Spielwaren miteinander in Verbindung, so ergibt sich folgendes Bild:

Eingeführt wurden im 1. Halbjahr 1929 = 4420 Ztr. im Werte von 18 103 000 Fr. und ausgeführt wurden in derselben Zeit . . . = 39 037 Ztr. im Werte von 79 866 000 Fr.

Die Ausfuhr ist also um 34 617 Zentner im Werte von 61 763 000 Fr. höher als die Einfuhr. 1928 lag das Verhältnis wie folgt:

Eingeführt wurden 2438 Zentner Spielwaren im Werte von 17 079 000 Fr. Die Ausfuhr hingegen betrug 37 428 Zentner im Werte von 75 124 000 Fr. Das ist ein Mehr von 34 990 Zentner im Werte von 58 045 000 Fr.

Die Vergleiche ergeben, daß die französische Spielwarenindustrie sich ansieht, Einfluß auf dem Weltmarkt zu gewinnen. Sie scheint mit dieser Entwicklung noch nicht zufrieden zu sein. Das geht aus einer Abhandlung hervor, die unlängst die bedeutende Pariser Abendzeitung „Paris Soir“ gebracht hat. Da wurde geschrieben:

Welch schöner Bernf, Glück zu fabrizieren. Es ist eine herrliche Arbeit, aber sie leidet schrecklich unter der ausländischen Konkurrenz, gegen die sie niemand zu schützen gedenkt. Ist wenigstens unser inländischer Markt verteidigt? Nein, und die deutschen Spielwaren flößen in stets wachsenden Mengen zu, um gegen unser französisches Spielzeug anzukämpfen, das von Ministern und Parlamentariern verlassen ist. Sie sind doch so schön, unsere Puppen, aber gerade ihre Vorzüge fügen ihnen soviel Schaden zu. Trotz aller Bittschriften und Reklamationen bleibt die Zollbehörde in hartnäckiger Weise dabei, die Spielwaren teilweise zu verzollen, derart, daß der deutsche Artikel, welcher mit weniger Sorgfalt aus leichteren Materialien hergestellt ist, trotz seines Mangels an Schönheit und Festigkeit von seinem geringeren Gewicht profitiert. Man glaube nicht an ein Paradox, sondern an eine Tatsache, die ich vor Augen habe: 3 Kilo aus Bayern importierter Puppen sind mit 379 Frank fakturiert. Womit man Pariser Puppen der gleichen Art und zum gleichen Preise, erhält man ein Gesamtgewicht von 5 Kilo.

Die Anklagen der französischen Spielwarenindustrie sind typisch. Aus ihnen geht hervor, daß der enorme Einfuhrzoll, der auf deutschen Spielwaren nach Frankreich liegt, noch nicht ausreichend genug erscheint. Die Anklagen sind nun so beachtlich, weil oben gezeigt ist, daß die französische Spielwarenindustrie sich in den letzten Jahren ansieht, ihre Ausfuhr an Spielwaren gegenüber früheren Jahren erheblich zu steigern. Ein Ruf nach höherem Einfuhrzoll scheint uns deshalb verfehlt.

In der französischen Spielwarenindustrie werden an Spielwaren hergestellt: Puppen aller Art, Spielwaren aus gewöhnlichen Metallen und Aluminium, Tiere, menschliche Figuren, ausgeflopft und mit Leder oder Stoff überzogen, Spiele und Spielwaren aus plastischem Material, Gummibälle und andere Spielwaren aus Gummi, Sportgeräte, wie Skier aller Art, Schlittschuhe, Hockeyschläger, Diskus, Schlitzen, Bobbley, Wurfspiege, Lura- und Angelgeräte, Fuß- und Tennisbälle, Tennisschläger, andere Sportgeräte einschließlich Schlitt- und Rollschuhe, mechanische Spiele und Spielwaren, Schanzsenfer, Automaten und andere nicht gesondert angeführte Spiele und Spielwaren.

Die Einfuhr von Spielwaren aus Deutschland und anderen Spielwaren produzierenden Staaten beschränkt sich in der Regel auf billige Artikel aus allen Spielwarenbranchen.

Wie in der amerikanischen Spielwarenindustrie, so ist auch hier zu erkennen, daß die französische Spielwarenindustrie in Verbundenheit mit der Sportartikelindustrie auftritt. In Deutschland ist diese Tendenz nur zum Teil sichtbar. S. Eklein.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Das wertvollste Werkzeug für den kapitalistischen Staat.

Wenn die kommunistische Bewegung in der heutigen Form nicht bestände, würde sie bestimmt von den Unternehmern, sofern das in ihrer Macht stände, geschaffen werden. Eine wertvollere Hilfe kann ihnen wahrhaftig nicht zuteil werden. Erst spätere Geschichtsschreiber werden vielleicht eindringlich darzustellen vermögen, inwieweit der soziale Aufstieg in unserer Epoche von den bezahlten und unbezahlten Agenten Moskaus gehemmt worden ist. Was die Kommunisten für die Unternehmer im besonderen und die bürgerliche Welt insgesamt bedeuten, hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Nummer 56 freimütig folgendermaßen anerkannt: „Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken.“

Dem ist eigentlich wenig hinzuzufügen. Es wird hier den linksgerichteten Wortradikalen bescheinigt, zu weissen Rügen sie ihre Tätigkeit anzubringen. Hoffentlich sehen die Arbeitermassen bald ein, daß sie auf dem falschen Wege sind, wenn sie jenen Elementen, die teilweise niemand kennt, und die niemand gegenüber eine Verantwortung tragen, Gefolgschaft leisten.

Ausland.

Das „Arbeitsbuch“ in der Sowjetunion.

(RSD.) Im Zusammenhang mit der „Säuberung“ des Gewerkschaftsapparates, die gegenwärtig in Rußland durchgeführt wird, ist von dem Volkskommissariat für Arbeiter- und Bauernkontrolle in Verbindung mit dem Volkskommissariat für Arbeit und dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion eine Verfügung erlassen worden, die vorsieht, daß in die Arbeitsstammlisten sämtliche Vermerke über Gerichts-, Verwaltungs- und Disziplinarstrafen aufzunehmen seien. Außerdem werden in die Arbeitsstammlisten sämtliche Belohnungen und Prämien eingetragen werden, ebenso wie Rügen, Geldstrafen und sonstige Strafen, die gegen die betreffenden Arbeiter oder Angestellten wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin oder Überschreitung der inneren Betriebsordnung verhängt werden. Im Entlassungsfalle sind in die Arbeitsstammlisten die Entlassungsgründe aufzunehmen. Eine Arbeitsstammliste muß nach dieser Verfügung jeder Arbeiter und Angestellte besitzen („Rabotschaja Moskwa“, 31. Januar).

Die Einführung dieses Systems bedeutet die Wiederaufhebung der berüchtigten Praktiken des „Arbeitsbuches“, wie sie seinerzeit in Deutschland bestanden haben — mit dem Unterschied allerdings, daß diese rechtliche Verklammerung des Lohn- und Gehaltsempfängers jetzt — im „ersten Arbeiterstaat der Welt“ zur Verwirklichung gelangt. Diese Maßnahme ist eine von den Erscheinungen, in denen der Kampf der Stalinleute um die Hebung der Arbeitsleistungen des russischen Proletariats zutage tritt.

Rundschau.

Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf der Leipziger Frühjahrsmesse.

Nach einer Bekanntmachung des Reichsministers der Justiz tritt der durch das Gesetz vom 18. März 1904 („Reichsgesetzblatt“ S. 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1930 ein- und zwar für die Muster- und Warenzeichenmesse vom 2. bis 8. März, für die Große Technische Messe und Baumeße vom 2. bis 12. März und für die Textilmesse und Sportartikelmesse vom 2. bis 6. März.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Tilsit: Emil Benfler, Buch-Nr. 841 773; Gustav Qualk, Buch-Nr. S II 543 793.

Die Bezirksleitung Oldenburg-Ostfriesland

gibt bekannt, daß ihr Büro sich vom 1. Februar 1930 an in Oldenburg, Kurwickstraße 2, befindet. Das Büro der Zahlstelle Oldenburg bleibt Stedingker Straße 110. [3,50]

Literarisches.

Reichsversicherungsordnung mit Ausführungsbestimmungen und Nebengesetzen. Textausgabe mit Sachregister, herausgegeben von Dr. Hermann Dersch, Universitätsprofessor, Direktor im Reichsversicherungsamt Berlin. 2. Auflage 1930. XIX, 530 S. Kl.-Oktav in Leinen 4,50 Mk. (Verlag J. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig.) Das Bedürfnis nach reichhaltigen, handlichen und billigen Textausgaben ist außerordentlich groß. Der bewährte Theoretiker und Praktiker des Sozialversicherungsrechts, Prof. Dr. Dersch, legt mit der neuen Auflage seines bekannten Leitfadens der Praxis eine vorzügliche Textausgabe vor. Zuverlässigkeit in der Wiedergabe der Texte nach neuestem Stand, übersichtliche Anordnung, Verweisungen auf Abänderungen und Ergänzungen, handliches Taschenformat und größte Reichhaltigkeit bei niedrigem Preis zeichnen das Buch vor allem aus. Die Paragraphenüberschriften, das eingehende Inhaltsverzeichnis und das Sachregister ermöglichen ein rasches Auffinden jeder gewünschten Stelle. Eine wesentliche Erweiterung hat das Buch durch Abdruck einer großen Zahl von Ergänzungsverordnungen erfahren. So ist Dersch's Handausgabe der RVO, der unbedingt zuverlässige Führer. Die Ausstattung zeigt die anerkannte Qualität der Gesetzesausgaben des Bensheimer'schen Verlags. Auch vom Angehörigen-Vericherungsgesetz ist vom gleichen Herausgeber eine entsprechende Ausgabe erschienen. Ihr Preis beträgt in Leinen gebunden 2,50 Mk.

Verschiedene Industrien

Einfuhrzoll für ausländische Spielwaren.

Die Einfuhr von Kinderspielwaren aus Zelluloid und Kautschuk nach Deutschland ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Diese Tatsache wird von der deutschen Zelluloid- und Kautschuk-Spielwarenindustrie damit begründet, daß der deutsche Spielwareneinfuhrzoll zu niedrig sei. Im Heft 1, Januar 1930, „Der Spielwarenmarkt“ wird zur Sache u. a. folgendes geschrieben:

Kinderspielwaren werden in Deutschland allgemein nach der Art 146 behandelt und unterliegen, ganz gleich, aus welchen Stoffen sie hergestellt sind, einem einheitlichen Zollfuß von 20 Mk. pro 100 Kilo. Hiergegen sind nun seitens der deutschen Zelluloid-Spielwarenindustrie die schwersten Bedenken geltend gemacht worden, und zwar mit Rücksicht auf die ausländische (spanische) Konkurrenz. Die Einfuhr von Zelluloidwaren betrug im Jahre 1927 354 Doppelzentner im Werte von 26 000 Mk., im Jahre 1928 730 Doppelzentner im Werte von 53 000 Mk., vom 1. Januar bis 31. Dezember 1929 1630 Doppelzentner im Werte von 109 000 Mk. Auch sind die Herstellungskosten im Ausland wesentlich niedriger als in Deutschland.

Was die Spielwaren aus Kautschuk anbetrifft, so ist die Einfuhr in den letzten Jahren ebenfalls gestiegen. Sie betrug im Jahre 1927 1128 Doppelzentner im Werte von 71 000 Mk., im Jahre 1928 2073 Doppelzentner im Werte von 150 000 Mk., vom 1. Januar bis 31. September 1929 1862 Doppelzentner im Werte von 86 700 Mk.

Andererseits ist die deutsche Ausfuhr an Kautschukspielwaren im Annehmen begriffen, da sich eine Reihe von Ländern mit hohen Zöllen abgeschloßen hat. In sehr zahlreichen anderen Ländern muß der Einfuhrzoll für Kautschukspielwaren vergrößert werden.

Chemische Industrie

Schweres Explosionsunglück durch Blislichtpulver.

Am Montag, dem 3. Februar 1930, explodierten im Arbeitsraum der Firma Lumière, G. m. b. H., in Berlin, Alte Jacobstraße 23/24, zirka 150 Gramm Blislichtpulver. Dabei wurden vier Arbeiterinnen, deren Kleider Feuer fingen, durch Stichflammen schwer verletzt. Am Aufkommen einer verheirateten Frau wird gezweifelt.

Wie die Explosion zustande gekommen ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Frauen hatten das Blislichtpulver in kleine Portionen von je 2 Gramm zu verpacken. Plötzlich nahmen die Arbeiterinnen lautes Zischen wahr, und im selben Augenblick erfolgte auch schon die Explosion. Hoffentlich läßt sich durch die Untersuchung die Ursache des Unglücks feststellen. G. Haupt.

J.-G. Farbenindustrie — Ruhrstickstoff.

Vor kurzem ist es zu einer neuen Einigung der J.-G. Farbenindustrie und der sogenannten Ruhrstickstoff-Gruppe auf dem Gebiet der künstlichen Düngerbrikation gekommen. Zwischen diesen Erzeugergruppen bestand ein Vertrag, der Mitte dieses Jahres abgelaufen wäre. Es handelt sich hier um den Vertrag des sogenannten deutschen Stickstoffsyndikats, in dem die Stickstoffproduzenten zusammengeschlossen sind, weil die freie Konkurrenz ein sehr großes Risiko für die Erzeuger in sich birgt. Wäre eine Einigung nicht zustande gekommen, so wäre vom 1. Januar 1930 an der Verkauf der syndizierten Produktion frei geworden.

Eine solche Freiheit ohne jegliche Produktionsbindungen hätte folgerichtig einen scharfen Konkurrenzkampf namentlich zwischen den beiden Gruppen J.-G. Farbenindustrie und den Bergbau-Stickstoffproduzenten hervorgerufen.

Daß beide Gruppen diesen Kampf fürchteten, beweist die Tatsache, daß trotz anfänglicher erheblicher Schwierigkeiten eine Einigung erfolgt ist. Damit ist die Gefahr einer Überproduktion in der Stickstoffindustrie einstweilen gebannt.

In der Produktion von synthetischem Stickstoff ist die J.-G. Farbenindustrie führend. Durch ihre riesigen Anlagen zur künstlichen Stickstoffproduktion hat diese Industriegeellschaft längere Zeit einen fast monopolartigen Vorsprung gehabt, bis im Laufe der Jahre die Bergbauindustrie durch höchste Anstrengung, basierend auf den ihr reichlich zur Verfügung stehenden Abgasmengen der Hütten, sich ebenfalls Einfluß auf diesem Produktionsgebiet sichern konnte. Sehr frühzeitig jedoch erkannten die beiden Wirtschaftsgruppen, daß ein gemeinsames Zusammengehen und die gemeinsame Ausbeutung der Verbraucher einem wirtschaftlichen Kampf vorzuziehen sei.

Die J.-G. Farbenindustrie hat im letzten Jahre zirka 700 000 Tonnen synthetischen Stickstoff fabriziert, während die Produktion der Stickstoffwerke des Ruhrbergbaus etwa 80 000 Tonnen betrug. Inzwischen hat der Ruhrbergbau und haben auch übrige Bergbaubezirke Deutschlands große Anstrengungen gemacht, um die Stickstoffproduktion erheblich zu vergrößern.

Die Produktion des Ruhrbergbaues entwickelte sich in folgenden Betrieben: In Sodingen ist die Gasverarbeitungs-Gesellschaft m. b. H. schon seit längerer Zeit mit zwei Anlagen, die nach dem Mont-Cenis-Verfahren arbeiten, im Betrieb. Die eine Anlage, auf dem Gelände der Zeche Mont-Cenis, besitzt eine Erzeugungsfähigkeit von 28 000 Tonnen, während die andere Anlage auf der dem Fiskus gehörenden Schachtanlage Chamrock 22 000 Tonnen erzeugt. Beide Werke gehören der DAW. (Deutsche Ammoniakverkaufvereingung) an und damit auch dem Deutschen Stickstoffsyndikat. Die Gaveg (Gasverarbeitungs-Gesellschaft) selbst ist der DAW. noch nicht beigetreten, aber auf Grund besonderer Abmachungen erfolgt der Verkauf der Produktion bis zum Ablauf des Stickstoffsyndikats durch die DAW. Die Ruhrchemie AG. in Sterkrade-Hoffen, eine Gemeinschaftsgründung von 23 Ruhrzechen, besitzt eine Erzeugungsfähigkeit von 18 000 Tonnen, sie arbeitet nach dem sogenannten Linder-Casale-Verfahren und befindet sich im ersten Teil ihres Ausbauprogramms. Eine Ausnahme bildet die Gewerkschaft Ewald in Herken i. Westf., die abwegig von allen Gesellschaften der Ruhrchemie und der DAW. damit auch dem Deutschen Stickstoffsyndikat nicht angehört. Die Ruhrchemie ist nicht Mitglied der DAW. und des Deutschen Stickstoffsyndikats, sie läßt aber trotzdem ebenso wie die Gaveg ihre Produktion durch das Deutsche Stickstoffsyndikat verkaufen.

Die Gewerkschaft Viktor Raugel, die nach dem Claude-Verfahren arbeitet, ist wie ihr Besitzer (die Glöckner-Werke Wintershall) weder Mitglied der DAW. noch des Deutschen Stickstoffsyndikats.

In diesen bestehenden Anlagen des Ruhrbergbaues werden rund gerechnet 80 000 Tonnen künstlicher Stickstoff erzeugt.

Aller Voraussicht nach wird die Produktion des Bergbaues sich in den nächsten Jahren auf diese Erzeugungsmengen nicht beschränken. Der Fiskus beabsichtigt schon seit längerer Zeit, auf dem Gelände der Schachtanlage Scholven eine Anlage nach dem Mont-Cenis-Verfahren mit einer Erzeugungsfähigkeit von 40 000 Tonnen zu errichten. Des weiteren plant die Ruhrchemie AG. eine Verdoppelung der bereits bestehenden Anlagen, wodurch sich die Erzeugungsfähigkeit um 18 000 Tonnen steigern würde. Außerdem plant die Gewerkschaft Ewald in Herken, die dem Deutschen Stickstoffsyndikat nicht angehört, aber Gesellschafter der Ruhrchemie ist, eine neue Fabrik, die nach einem amerikanischen Verfahren arbeiten und 20 000 Tonnen Stickstoff erzeugen soll. Werden die Pläne des Bergbaues verwirklicht, so würde das insgesamt eine Stickstofferzeugung-Steigerung um 80 000 Tonnen bedeuten.

Die Produktion der J.-G. Farbenindustrie von 700 000 Tonnen würde mit einer Erzeugung von 170 000 Tonnen des Bergbaues zu rechnen haben. Dabei ist das Ende der Ent-

wicklung im Bergbau schwerlich erreicht. Der Bergbau, der sich seit Jahren von der Chemie benachteiligt fühlt und immer mehr von der einstigen Schlüsselindustrie zur Rohstoffindustrie für die Chemie rangierte, machte in den letzten Jahren gewaltige Anstrengungen, um im Wirtschaftskampf mit der Chemie eine führende Rolle zu spielen.

Wird das Programm des Bergbaues durchgeführt, so wird in den nächsten Jahren nach Fertigstellung aller Anlagen die von Bergbau und J.-G. Farbenindustrie erzeugte Stickstoffproduktion zirka 900 000 Tonnen jährlich betragen. Rechnet man zu dieser Produktion noch die der bayerischen Stickstoffwerke hinzu, so würde die Gesamterzeugung Deutschlands an synthetischem Stickstoff pro Jahr rund 1 000 000 Tonnen umfassen.

Maßgebende Wirtschaftskreise glauben diese Erzeugung ohne erhebliche Schwierigkeiten auf dem Markt unterbringen zu können. Neuerdings tauchen jedoch neue Pläne über die Erweiterung und den Neubau von Stickstoffgewinnungsanlagen auf. So hat in den letzten Tagen die Gelsenkirchener Bergwerks-AG. von sich reden gemacht, die angeblich die Errichtung einer Anlage mit einer jährlichen Produktion von 30 000 Tonnen plant. Verhandlungen mit Patent- und Lizenz-Inhabern sollen unwiderprochen stattgefunden haben.



Die Statistik des Reichsversicherungsamtes meldet in einem Jahr 65 755 Unfälle durch Verletzungen an spitzen und scharfkantigen Gegenständen. Davon sind über 2000 Unfälle so schwer gewesen, daß sie Erwerbsunfähigkeit verursachten, und annähernd 100 Unfälle haben sogar den Tod im Gefolge gehabt. Diese Zahlen sagen besser als jede weitschweifige Belehrung, was für üble Folgen durch solche scheinbar nebenfälligen Verletzungen herbeigeführt werden können.

Vorläufig ist diese Nachricht von Gelsenkirchen demontiert worden. Andererseits berichtet die Zeitschrift „Die chemische Fabrik“ Nr. 3 d. J., daß die J.-G. Farbenindustrie zwecks Steigerung der Ammoniakfabrikation Erweiterungsarbeiten im Leunawerk vornehmen will. Daraus ergibt sich, daß die Stickstoffproduktion über das oben geschilderte Maß gesteigert werden wird.

Steigt die Aufnahmefähigkeit des Marktes nicht in dem Tempo wie die Produktion, so sieht die Stickstoffproduktion unter Umständen einer schweren Absatzkrise entgegen. Sie könnte evtl. ausgeglichen werden, wenn durch das Stickstoffsyndikat eine Produktionsdrosselung in diesem Falle vorgenommen werden könnte; das würde aber bedeuten, daß kostspielige Produktionsanlagen nicht ausgenutzt werden könnten. Eine Erscheinung, an der die deutsche Industrie zu einem erheblichen Teil bereits leidet. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß bei den dauernden Neugründungen von Anlagen zur künstlichen Stickstoffherzeugung die Spekulation auf eine vielleicht in späteren Jahren einsetzende Zwangsregelung der Stickstoffproduktion abzielt, um dann evtl. auf Grund der Erzeugungsfähigkeit eine möglichst hohe Quotenbeteiligung zu erzielen. Zum andern mag dabei auch ein gewisses Mißtrauen der Bergbauindustrie gegen die sich in den letzten Jahren riesenhaft entwickelnde chemische Industrie eine Rolle spielen.

Sollte es zu einem Rückschlag in dieser Industrie kommen, dann wäre die chemische Industrie gegenüber dem Bergbau auf alle Fälle dadurch im Vorteil, daß sie durch die Vielseitigkeit ihrer Produktion nur in einem Teil ihrer Erzeugung geschädigt würde, zum andern hat die J.-G. Farbenindustrie, deren Hauptwerke während des Krieges errichtet wurden, die Fabrikationsanlagen zweifellos zu einem erheblichen Teile abgeschrieben, während der Bergbau erst im vergangenen Jahre 3 Millionen Dollar Kredit von amerikanischen Banken zum Ausbau seiner Stickstoffbetriebe aufnehmen mußte, dem noch die hohen Lizenzgebühren usw. zugerechnet werden müssen.

Dem Vernehmen nach soll die J.-G. Farbenindustrie anläßlich der Verlängerung des Vertrages im Stickstoffsyndikat dem Bergbau die Neuerrichtung von Anlagen abgesprochen haben. Der Bergbau ist jedoch nicht bereit, auf diese Forderungen einzugehen, sondern weist darauf hin, daß ihm nicht bekannt sei, daß bei den Abmachungen der internationalen Stickstoffproduzenten der deutschen chemischen Industrie eine Beschränkung des Ausbaues und der Neuerrichtung von Stickstoffanlagen vorgeschrieben ist.

Nach alledem scheint es, daß das Weckrufen auf dem deutschen Stickstoffmarkt auch in Zukunft seinen Fortgang nehmen wird. Die Bergbauindustrie wird mit allen Mitteln

versuchen, ihre Stellung so auszubauen, daß sie zu einem ebenbürtigen Gegner der chemischen Großindustrie aufrückt.

Die Einigung im Stickstoffsyndikat bzw. die Verlängerung des Vertrages um fünf Jahre wird deshalb keine endgültige Klärung der deutschen Stickstoff-Fragen bringen. Nach den vorläufigen Verhandlungen scheint der Vertrag in seinem weiteren Bestand gesichert; im Laufe d. M. sollen wieder Verhandlungen stattfinden. Weder die Gewerkschaft Viktor noch die Gewerkschaft Ewald haben sich für eine Beteiligung an den Verhandlungen ausgesprochen. Soweit vorläufig bekannt ist, soll in dem neuen Syndikat der Verkauf nicht, wie bisher üblich, nach der Produktionsfähigkeit erfolgen; er soll vielmehr nach Quoten festgelegt werden. Auf Grund der festgesetzten Gesamtquote sollen etwa 2/3 auf die J.-G. Farbenindustrie AG. entfallen, und zwar auf Grund der Abmachungen, die sie mit der englischen chemischen Industrie getroffen hat. Der Rest von zirka 25 Prozent würde auf die bayerischen Stickstoffwerke und die ihnen angeschlossenen künstlichen Stickstoff erzeugenden Gruppen entfallen sowie auf die Oberschlesischen Kokswerke und chemischen Fabriken und die Deutschen Gaswerke. Für den Ruhrbergbau handelt es sich dabei um eine vorläufige Festsetzung. Der Anteil wird entsprechend dem Ausbau der späteren Produktion steigen.

So vollzieht sich zwischen Ruhrbergbau und chemischer Industrie ein Kampf um Stickstoffinteressen, dessen Entwicklung zur Zeit nicht abzusehen ist.

Die Steigerung der Produktionsmöglichkeiten bedeutet für den Ruhrbergbau nach dem Beispiel der neuen Verfeinerungsgrundlage im Stickstoffsyndikat das Anrecht auf eine größere Quotenbeteiligung und damit einen größeren Herrschaftsansatz an einer Industrie, der eine ungeahnte zukünftige Entwicklung noch bevorsteht.

Wie schon erwähnt, ist der reine Bergbau in seiner Bedeutung stark zurückgegangen; er ist zu einem großen Teil Rohstoffquelle für die chemische Industrie geworden. Die Kreise des Bergbaues, die das lange Zeit nicht begriffen haben, versuchen nun, diesen Verlust mit größter Schnelligkeit wiedergutzumachen, indem sie einen wesentlichen Einfluß auf die Industrien, die sich mit der Veredelung der Bergbauprodukte befassen, zu erreichen suchen. R. Segerer.

Aus der chemischen Industrie Amerikas.

An dem Aufstieg der Industrie Amerikas in den letzten Jahrzehnten ist die chemische Industrie in einem ganz hervorragenden Maße beteiligt. Während in der Vorkriegszeit noch große Mengen von Chemikalien aus Europa, namentlich aus Deutschland, nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgeführt werden konnten, hat sich im Kriege und in der Nachkriegszeit die Situation gewaltig geändert. Namentlich im Kriege und in der Nachkriegszeit wurde mit Unterstützung von Staatsmitteln, zu einem großen Teil auch durch die beschlagnahmten Produktionswerkstätten und Patente der deutschen chemischen Industrie, eine bedeutende chemische Industrie gebildet.

Diese Entwicklung war so stark, daß die Vereinigten Staaten heute über die größte chemische Industrie der Welt verfügen, die allein ungefähr 25 Prozent der gesamten internationalen chemischen Produktion bestreitet. Auf dem Gebiete der Elektrochemie hat Amerika die Führung gegenüber allen Ländern der Welt übernommen und behauptet diese Sonderstellung im allgemeinen auch noch heute.

Gemessen an der Gesamtindustrie der Vereinigten Staaten nimmt die chemische Industrie in Hinsicht auf das angelegte Kapital und die Zahl der beschäftigten Arbeiter die dritte Stelle, in Hinsicht auf den Produktionswert die vierte Stelle ein.

Die Produktion der chemischen Industrie der Vereinigten Staaten erfährt den Hauptantrieb durch eine umfangreiche weiterverarbeitende Industrie, die einen großen Bedarf an Chemieprodukten hat. So zeigen die Bauindustrie und die Automobilindustrie infolge ihrer stürmischen Entwicklung einen steigenden Bedarf an Farben, Lacken und Firnissen, für deren Herstellung heute bereits zum größten Teil keine natürlichen Produkte mehr verwandt werden, sondern die synthetischen Ersatzstoffe von der chemischen Industrie hergestellt werden. Ebenso ist der Bedarf an Glas und Stahl gewaltig gestiegen. Die chemische Industrie sowie die Ulgewinnung haben eine große Anzahl von metallurgischen Verfahren und chemischer Prozesse entwickelt. Für die steigenden Bedürfnisse der Textilindustrie ist der Verbrauch an künstlichen Farbstoffen dauernd im Wachsen begriffen. Einen riesigen Absatz hat ferner die Film- und Photoindustrie, die Schallplattenindustrie erfahren.

Infolge der Rationalisierung der Landwirtschaft hat in den letzten Jahren auch die Erzeugung von künstlichen Düngemitteln einen großen Aufstieg erlebt, deren Entwicklung heute noch nicht abgeschlossen ist. Die Industrie der Sprengstoffe, die Erzeugung von Chemikalien für die Medizin und Hygiene haben sich ebenfalls in den letzten Jahren stark vergrößert. Als letztes spielt die steigende Erzeugung von Toiletteartikeln und Parfümerien eine große Rolle.

Aber die gewaltige Steigerung der chemischen Industrie in den Vereinigten Staaten gibt am besten Aufklärung die nachstehende Tabelle über die Entwicklung der chemischen Produktion, wie sie sich aus der amtlichen Statistik der USA ergibt. Beachtenswert ist besonders die gewaltige wertmäßige Steigerung der Produktion in den Jahren 1899, 1914 und 1925.

Entwicklung der chemischen Produktion:

	1925	1914	1899
	(Millionen Dollar)		
Farben und Lacke	528	168	90
Industriechemikalien	491	177	55
Medizin- und Toiletteerzeugnisse	473	167	89
Medikamente, aromatische Öle, Wachse usw.	307	114	59
Künstliche Düngemittel	235	176	53
Sprengstoffe	132	63	25
Seerprodukte	112	13	1
Insgesamt	2278	878	372

Am gewaltigsten ist die Steigerung auf dem Gebiete der Lacke, Farben und Firnisse, die durch die zunehmende Verwendung von Nitrozelluloselacken für die sich stark entwickelnde Automobilindustrie eine zureichende Erklärung findet. In der Gruppe der Industriechemikalien ist ausschlaggebend die Gewinnung von Schwefelsäure, die bislang in den Raffinerieprozessen in der Petroleumindustrie, namentlich auch zur Herstellung von künstlichen Düngern, gebraucht wird. Für die Herstellung von Glas, Seife, Reinigungsmitteln und Papier werden große Mengen von Soda benötigt, während Natrium und Chlor als Bleichmittel weitgehende Verwendung finden. Über den ungeheuren Bedarf an Sprengmitteln belehrt uns die Tatsache, daß im Jahre 1927 115 800 Tonnen Dynamit und Schießpulver hergestellt wurden. Die Verwendung von künstlichen Düngemitteln hat sich in Amerika nur langsam durchgesetzt. Sie ist nach Schätzungen in den letzten 30 Jahren ziemlich stetig ungefähr um 3 Prozent pro Jahr gestiegen. Rein flächenmäßig wurden, um einen Vergleich anzustellen, während Amerika 8,9 Pfund für eine bestimmte Bodeneinheit verbrauchte, im gleichen Zeitraum in Holland 100, in Deutschland 50 und in Frankreich 20 Pfund künstlicher Dünger verandt.

Auf dem Gebiete der Steinkohlen- und Teerprodukte ist eine umfangreiche Steigerung der Produktion erfolgt. Allein im Jahre 1928 betrug die Steigerung gegen das Vorjahr 9 Prozent. Nach Mitteilungen amtlicher Stellen konnte der Inlandsverbrauch an Teerfarbstoffen bereits zu ungefähr 92 Prozent von der Inlandsfabrikation gedeckt werden.

Die Konzentration der chemischen Industrie der Welt in den einzelnen Staaten ist heute so, daß ungefähr 80 Prozent des gesamten chemischen Welthandels sich auf die Staaten Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten vereinigen. Auf Deutschland entfallen ungefähr 40 Prozent, während Amerika an zweiter Stelle mit ungefähr 25 Prozent folgt. Die gesamte Ausfuhr für chemische Erzeugnisse belief sich 1928 für Amerika auf zirka 200 Millionen Dollar, für Deutschland auf 331, Frankreich 128 und England auf 145 Millionen Dollar. Daß Amerika, trotzdem es über die größte chemische Industrie der Welt verfügt, hinter Deutschland hinsichtlich der Ausfuhr zurückbleibt, findet seine Erklärung darin, daß die chemische Industrie Amerikas in erster Linie für den Inlandsbedarf fabriziert. Es befindet sich in der glücklichen Lage gegenüber den europäischen Ländern, daß der Inlandsmarkt noch für lange Zeit in großem Maßstab aufnahmefähig bleibt. Das Exportproblem spielt deshalb nicht die Rolle, wie z. B. für Deutschland.

Eine erhebliche Gefahr für die europäische Chemieindustrie wird Amerika zu dem Zeitpunkt werden, da der Absatz der Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkt Schwierigkeiten begegnet. In dem Augenblick, in dem Amerika als ernsthafter Konkurrent auf den Weltmärkten antritt, wird die chemische Industrie Europas, insbesondere die Deutschlands, in eine bedrängte Lage geraten, wenn nicht, wie uns die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre lehrt, vorher eine Verständigung der chemischen Industrie auf internationalem Gebiete in weitgehendem Maße eintritt.

K. Segerer.

Papier-Industrie

Mehrarbeits-, Sonn- und Festtagszuschlagsberechnung gemäß den Bestimmungen der Paragraphen 4 und 6 des GZW für die Deutsche Papier-, Pappen-, Zellstoff- u. Holzstoffindustrie.

Der seit Mitte 1927 schwebende Streit über die Berechnung der Zuschläge bei Akkordarbeit (wir verweisen auf die Stellungnahme im „Proletarier“ Nr. 4 bis 6, 1929) hat auf Grund zweier Urteile des Reichsarbeitsgerichts vom 4. Januar 1930 — RWG. 375/29 und RWG. 325/29 — endlich seine Erledigung gefunden.

Erstinstanzweise fiel die Entscheidung zugunsten der Arbeitnehmer bzw. der Akkordarbeiter, und damit steht nunmehr endgültig fest, daß sich der Mehrarbeits-, Sonn- und Festtagszuschlag der Akkordarbeiter nach dem Effektivverdienst (und nicht nach dem einfachen Stundenlohn) bemisst.

Wir geben die hauptsächlichsten Stellen der Entscheidungsgründe im Wortlaut wieder:

RWG. 375/29.

Zur Entscheidung steht einzig, aus welchem Faktor die in Hunderteilen angegebene Mehrarbeitsvergütung zu berechnen ist. Die Entscheidung ist nicht dem § 6a der ArbZfV zu entnehmen — welche Vorschrift in Abs. 2 abweichenden Vereinbarungen Raum läßt —, sondern dem GZW. Die Kläger verlangen die Errechnung aus dem wirklichen („Effektiv-“) Arbeitsverdienst; die Beklagte will den Zuschlag nur aus dem Stundenlohn des Zeitarbeiters gewähren. Der Berufungsrichter ist den Klägern beigegeben. Seine Ausführungen lassen keinen Rechtsirrtum erkennen.

Wie der Lohn selbst, so ist auch die neben ihm zu entrichtende Mehrarbeitsvergütung Entgelt, nämlich für die Arbeit, die der Arbeitnehmer über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus leistet. Sicherlich ist die Mehrarbeitsvergütung nicht, wie die Beklagte im Laufe des Rechtsstreits verteidigen wollte, bloß die längere Festhaltung des Arbeitnehmers im Betriebe abgesehen, sondern dessen Arbeitsleistung, nur an letzterer, nicht an der bloßen Festhaltung des Arbeiters im Werk, hat der Arbeitgeber ein Interesse. Daß der Arbeitgeber ein Interesse an der Mehrarbeitsleistung hat, ist nicht zu bezweifeln. Er hat ein Interesse an der Erreichung eines höheren Lohnes, eine Sondervergütung in Gestalt des Mehrarbeitszuschlags zu entrichten hat, entspricht nachliegendes Billigkeits-erwägungen, aber auch dem Wesen des Gesetzes, die Mehrarbeit über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus einzubücheln, und zwar gerade auch auf dem Wege, daß der Arbeitgeber mit der Verpflichtung zur Entlohnung von Mehrarbeitsleistungen beauftragt wird (§ 6a Abs. 1 ArbZfV). Es erscheint nun als das Rechtserwartende und Zweckdienliche, der Berechnung des Mehrarbeitszuschlags den Lohn zugrunde zu legen, den der Arbeitnehmer in der betreffenden Zeitspanne wirklich verdient. Gewiß ist es technisch und rechtlich möglich, dem Zuschlag auch eine andere Berechnungsgrundlage zu geben, z. B. den einfachen Zeitlohn oder auch die sogenannte Akkordgrundlage. Aber zur Rechtfertigung der Annahme, daß beim Abschlag eines Gesamtarbeitsvertrages die Beifügung einer Berechnung auf anderer Grundlage gewollt hätten, würde es besonderer Rechtfertigungsgründe bedürfen.

Zutreffend ist auch der Hinweis des Berufungsrichters auf die Entscheidungsgründe des GZW. Die Beteiligten haben diesen Vortrag dem Rechte der im vorliegenden im Kraft gesetzten Arbeitsverbindung anpassen wollen. Nach demselben steht einem nach Hunderteilen des Lohnes bemessenen Mehrarbeitszuschlag vor, und für das Recht der Arbeitsveränderung ist nach der herrschenden Meinung des Schriftstellers sowie in der Rechtsprechung anerkannt, daß der Mehrarbeitszuschlag aus dem wirklich verdienten Akkordverdienst zu berechnen ist; vgl. RWG. 159/29 vom 1. Dezember 1928. Camm. Bd. 3 S. 2, 206/28.

vom 9. Januar 1929. Die vom Berufungsrichter vertretene Berechnungsweise widerspricht auch nicht der Billigkeit; wenn der erste Richter das angenommen hätte, so war er von der unzutreffenden Meinung ausgegangen, daß die in dem Mehrarbeitszuschlag enthaltene Sondervergütung kein Entgelt für geleistete Arbeit sei. RWG. 325/29.

Zur Entscheidung steht einzig, ob der Berechnung des nach Hunderteilen des Arbeitslohnes bemessenen Zuschlags für Sonn- und Feiertagsarbeit der einfache Stundenlohn des Zeitarbeiters — ihn will die Beklagte gewähren —, oder der wirkliche Arbeitsverdienst des Akkordarbeiters zugrunde zu legen ist. Die nämliche Frage hat das Reichsarbeitsgericht in der auf den nämlichen Tag anstehenden Sache RWG. 375/29 im Sinne der Arbeitnehmer für den sogenannten Mehrarbeitszuschlag entschieden. Für den Sonn- und Feiertagszuschlag liegt die Frage rechtlich und wirtschaftlich nicht anders. Wie in dem Urteil RWG. 375/29 näher dargelegt, entspricht es der natürlichen Auffassungsweise und der Denkfolgerichtigkeit, daß der Berechnung des Zuschlags derjenige Lohn zugrundegelegt wird, den der Arbeitnehmer in der betreffenden Zeitspanne wirklich durch seine Arbeit erzielt hat; daraus auch den Zuschlag zu erhalten, ist der Inhalt seines auf den GZW gegründeten Anspruchs. Der GZW selbst gibt keinen Anhalt für eine gegenteilige Beurteilung. Daß die den Sonntagszuschlag regelnde Vorschrift des § 6 ebenso wie die des § 4 (Mehrarbeitszuschlag) unmittelbar auf den vom Stundenlohn handelnden § 3 folgt, während der von der Akkordarbeit handelnde § 13 erst später folgt, rechtfertigt nicht den vom Berufungsrichter aus dieser rein äußerlichen Anordnung gezogenen Schluß.

Nichtig ist, daß für die Berechnung des Zuschlags der GZW dem § 6a ArbZfV vorgeht. Damit ist für den Richter Raum geschaffen, die Frage unabhängig vom Gesetze zu beantworten. Nicht aber ist damit auch gesagt, daß — Antwort anders lauten müsse als im Gesetz.

Die Arbeiterbewegung ein ununterbrochener Kampf.

Zu Marx Zeiten kam es zunächst darauf an, revolutionäre Energien zu erzeugen, ein Klassenbewußtsein zu schaffen und die Arbeiterklasse überhaupt erst zusammenzuschließen. So erscheint es verständlich, daß die Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus damalige Aufschwungszeiten als erlahmende Ruhepausen der Arbeiterbewegung ansahen und Krisen als Kraftquellen der Bewegung. Heute aber, wo die Arbeiterbewegung ein großer Machtfaktor ist, kann der Kampf auch in Aufschwungsperioden der Wirtschaft nicht ruhen. Im Gegenteil steht er in solchen Zeiten, in denen die Macht der Gewerkschaften gleichfalls wächst, der zäheste Kampf um einen Anteil der Arbeiterklasse an der Konjunktur ein. Das beste Beispiel hierfür bieten die gewaltigen Lohnkämpfe in Deutschland. Fritz Kapfahl.



Der Berufungsrichter findet „keinen Grund, die Akkordarbeiter noch mehr zu bevorzugen, da deren Mehrleistung schon durch den höheren Akkordlohn abgegolten werde“. Dem ist entgegen zu halten, daß auch die Kläger den Zuschlag nur im Verhältnis zu dem ihnen tarifvertraglich zukommenden Lohn verlangen; sie stehen nicht anders als der höher bezahlte Stundenlohn in dem Verhältnis zu dem niedriger bezahlten. Alle erhalten Hunderteile von ihrem Lohn, und der erhält nur im Verhältnis zu seinem regelmäßigen Lohn ein ziffernmäßiges Mehr.

Für die Auffassung des Berufungsrichters spricht, wie nicht zu verkennen ist, die Bemerkung in dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 24. November 1928 174/28. (Wir verweisen diesbezüglich auf die eingangs erwähnte Veröffentlichung.) Aber es handelt sich dort um eine mehr beiläufige Zwischenbemerkung, auf der das Urteil selbst in keiner Weise beruht und die möglicherweise auf dem Parteivortrag in dem damals entschiedenen Falle fußt. Jedenfalls ist die dort zum Ausdruck gebrachte Anschauung schon dadurch überholt, daß das Reichsarbeitsgericht zu der gleichliegenden Frage gemäß § 6a ArbZfV, in wiederholten Entscheidungen ausgesprochen hat, daß der Mehrarbeitszuschlag nach dem wirklich verdienten Akkordlohn zu berechnen sei.

Nach alledem ist der vom Berufungsrichter gebilligte Standpunkt der Beklagten als unrichtig abzulehnen, daß sich der Zuschlag aus dem einfachen Stundenlohn des Zeitarbeiters berechne. Vielmehr ist der Akkordverdienst zugrunde zu legen, wie dies die 5. Kammer will. Da nach dem streitigen Sachverhalt die ziffernmäßige Berechnung der Kläger in Ordnung geht, war auf die Revision der Kläger das Berufungsurteil aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Arbeitsgerichts zurückzuweisen.

Des besseren Verständnisses halber sei bemerkt, daß das zu unseren Gunsten sprechende Urteil des Landesarbeitsgerichts Harburg-Wilhelmsburg bestätigt, während die ungünstige Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Dresden aufgehoben wurde.

Im übrigen verweise ich auf das Rundschreiben 8/1930 vom 13. Januar d. J. an die Gew- und Zahlstellenleiter mit Papiererzeugungsindustrie, in welchem in den Ausführungsbestimmungen zu § 4 (Mehrarbeitszuschlag betreffend) auf die vorliegenden Entscheidungen bereits Bezug genommen wird. Gustav Salomo.

Die Konzernbildung in der Papierindustrie.

Die sogenannte verwaltungstechnische Rationalisierung — im Gegensatz zur betriebstechnischen — führt nicht nur zur Konzernbildung durch Angliederung von Einzelbetrieben an leistungsfähige Großbetriebe, sondern auch zu Zusammenschlüssen bestehender Konzerne. So haben sich im Laufe des letzten Jahres der Reisholz- und der Feldmühlkonzern zusammengeschlossen, und außerdem wurden der Köslin- und der Schoellerkonzern unter englischer Leitung vereinigt. Die folgende Zusammenstellung soll es ermöglichen, einen Überblick über die zur Zeit in der deutschen Papiererzeugungsindustrie bestehenden Konzerne zu geben.

Werke	Aktienkapital RM.	Beteiligung von Wschaffenburg %
W. f. Zellstoff- und Papierfabr.	23 200 000	—
Werke:		
in Wschaffenburg:		
2 Zellstofffabriken	—	—
1 Papierfabrik	—	—
1 Spiritusfabrik	—	—
1 Holzstofffabrik	—	—
1 Abfallverwertungsanlage	—	—

Werke	Aktienkapital RM.	Beteiligung von Wschaffenburg %
in Stockstadt:		
1 Zellstofffabrik	—	—
1 Spiritusfabrik	—	—
1 Abfallverwertungsanlage	—	—
in Walsum:		
1 Zellstofffabrik	—	—
1 Spiritusfabrik	—	—
Lochtergesellschaften:		
Oberbayer. Zellst.- u. Papierf., AG.	2 000 000	98
Werke:		
Zellstofffabrik Redensfelden	—	—
Papierfabrik Redensfelden	—	—
Holzstofffabrik Redensfelden	—	—
Papierfabrik am Baum	—	—
Holzstofffabrik am Baum	—	—
Dürener Papierfabrik, G. m. b. H.	300 000	70
Papierp. u. Y. Helsingfors	100 000 f. M.	—
N. V. Transport Maatschappij, Rotterdam	20 000 h. G.	70
AG. f. Zellst.- u. Papierf., Memel	15 000 000 Lt.	über 50

Die Chemischen Werke vorm. H. & E. Albert, AG., in Biberich a. Rhein sind mit 25 Prozent und Dr. Kurt Albert (Berlin) mit 28 Prozent am Aktienkapital der AG. für Zellstoff- und Papierfabrikation in Wschaffenburg beteiligt.

Werke	Aktienkapital RM.
Feldmühle-Reisholz-Konzern	28 000 000
Papier- u. Zellstoffwerke Feldmühle-Reisholz AG.	
Werke:	
1. Feldmühle-Obermünde	—
2. Feldmühle-Hohenkrug	—
3. Feldmühle-Liebau	—
4. Reisholz-Düffeldorf	—
5. Reisholz-Ittersen	—
6. Reisholz-Fiensburg	—
7. Reisholz-Ursberg	—
8. Chemische Werke Pommern, G. m. b. H.	—
9. Reisholz-Ehnenberg	—
10. Dampfzweigle Stolzenhagen	—
11. Industriehausgesellschaft, Steffin	10 000
12. Nordostsee-Schiffahrt- und Transportgesellschaft, Steffin	5 000
13. Holländische Papier- en Zellulose-Maatschappij	50 000 h. G.
14. Pohjolan Puutavaran Wienti O. Y., Helsingfors	300 000 f. M.
15. Papierp. u. Y. Helsingfors	100 000 f. M.

An der Industriehausgesellschaft in Steffin und an der finnischen Papierp. u. Y. Helsingfors, ist der Konzern mit je 50 Prozent am Aktienkapital beteiligt. Die beiden finnischen Unternehmungen sind Holzhandelsgesellschaften im Interesse des Konzerns.

Werke	Aktienkapital
Harrison-Konzern	1 000 000 Pf. St.
International Pulp and Chemical, London	
Werke:	
Koholst, AG., Berlin	17 600 000 RM.
Werke:	
1. Zellstofffabrik Esse, Königsberg	—
2. Zellstofffabrik Sachheim, Königsberg	—
3. Papierfabrik Hillegossen	—
4. Pergamentpapierfabrik Oberlahnstein	—
5. Bayerische Zellstoffwerke, Regensburg	—
6. Rheinische Elektrowerke, Köln	—
7. Chemische Fabrik Lüttdorf a. Rhein	—
8. Chemische Fabrik Wesseling a. Rhein	—
9. Anglo Foreign Pulp Co., London	200 000 Pf. St.
10. British Vegetable Parchment Mill Ltd.	—
11. New Northfleet Paper Mills Ltd.	—

Außerdem umfaßt der Harrison-Konzern weitere 11 Betriebe der Papiererzeugungs-Industrie, 9 Verlagsanstalten illustrierter Zeitschriften und einen Rohstoffgroßhandelsbetrieb in England.

Werke	Aktienkapital	Beteiligung der W. Hartmann & Co.
Hartmann-Konzern	—	—
Natronzellstoff- u. Papierfabr., AG.		
W. Hartmann & Co., Berlin	6 500 000 RM.	53
Werke:		
Zellstoff- und Papierfabrik, Altdamm	—	—
Papierfabrik Arnstadt	—	—
Papierfabrik Bracheln	—	—
Papierfabrik Driebus	—	—
Papierfabrik Ober a. Harz	500 000 RM.	100
Zellstofffabrik Krappitz	2 000 000 RM.	100
Druckpapierfabrik Krappitz	2 000 000 RM.	51
Krause & Baumann, Dresden	7 000 000 RM.	51
Natronzellstoff- und Papierfabrik, Stahlhammer (Polen)		
3 000 000 Zlo.	100	—
Feinrichtshaler Papierfabrik, AG.		
6 000 000 RM.	42	—
Papierfabrik Frantschach		
1 500 000 RM.	83	—
Dittner Papierfabrik, AG., Wien		
2 000 000 Sch.	100	—
Patria, Papiergesellschaft, Wien		
120 000 Sch.	100	—
Natronpapier-Industrie, U. G., Wien		
300 000 Sch.	51	—
W. Hartmann & Co., AG., Wien		
161 000 Sch.	55	—
W. Hartmann, AG., Budapest		
100 000 Pen.	50	—
Hartmann Ltd., London		
1 000 Pf. St.	100	—
Hartmann & Co., Neupork		
5 000 Dollar	100	—
Italiana Commercio Cartoni e Affini in Mailand		
200 000 Lire	100	—
Pappenfabrik Neumald		
?	?	—
Lenham-Josefthal (Österreich)		
12 000 000 Sch.	25	—

Die zum Hartmann-Konzern gehörige Zellstoff- und Papierfabrik Köstheim, von der der Konzern 51 Prozent des 1 500 000 Reichsmark betragenden Aktienkapitals hatte, wurde abgestoßen und vom Verein für Zellstoffindustrie aufgenommen.

Werke	Aktienkapital	Beteiligung der W. Hartmann & Co.
Konzern-Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie	—	—
AG. f. Kartonnagen-Ind., Dresden		
5 050 000	—	—
Werke:		
AG. für Kartonnagen-Ind., Berlin-Schöneberg	—	—
AG. für Kartonnagen-Ind., Weißwasser	—	—
AG. f. Kartonnagen-Ind., Penzig	—	—
AG. f. Kartonnagen-Ind., Erfurt	—	—
AG. f. Kartonnagen-Ind., München	—	—
Kartonnagenfabrik H. Aurig, Leipzig	30 000	100
Eichbächle Metallwarenwerke, AG., Dresden		
4 500 000	40	—
Verpackungs-Industrie, AG., Danzig		
300 000 Gulden	25	—
Wag. Graba- u. Schreyerwerk, Meissen		
Ebers & Co., Metallwarenfabk., Lübeck	?	?
Papierfabrik zu Weissenborn	?	?

Bei den unter AG. für Kartonnagen-Industrie gezeichneten Firmen handelt es sich in der Hauptsache um Wellpappenfabriken.

Konzern Combined Pulp and Paper Co. Ltd.

Table with 3 columns: Werke, Aktienkapital, Beteiligungen. Lists various paper and pulp mills with their respective capital and shares.

Scheffer-Hoppenshöfer-Konzern.

- 1. Papierfabrik Sundern.
2. Papierfabrik Sedwigtal.
3. Papier- und Zellulosefabrik Alzenau.
4. Papierfabrik und Großkraftschleiferei Wernshausen.
5. Papierfabrik Nijmegen (Holland).

Konzern Unterkochen.

Table with 3 columns: Werke, Aktienkapital, Beteiligungen. Lists paper mills in Unterkochen.

Konzern Verein für Zellstoffindustrie.

Table with 3 columns: Werke, Aktienkapital, Beteiligungen. Lists paper mills in the Zellstoffverein.

Waldhof-Konzern.

Table with 3 columns: Werke, Aktienkapital, Beteiligungen. Lists paper mills in the Waldhof group.

Ferner beträgt der Waldbesitz des Waldhof-Konzerns in Baden, Württemberg, Österreich und der Tschechoslowakei insgesamt 36 036 516 Quadratmeter.

Mit diesen Schilderungen sind die Konzernbestrebungen in der deutschen Papiererzeugungsindustrie noch nicht voll erschöpft. So besitzen die Handlichen Papierfabriken in Augsburg und Schongau starken Einfluß auf die Papierfabrik Hegge, AG, bei Rempten.

Nahrungsmittel-Industrie

Reichskonferenz für die Konserven- und Marmeladenindustrie.

Am 2. Februar 1930 fand in Kassel eine Reichskonferenz für die Konserven- und Marmeladenindustrie statt, die von 63 Teilnehmern besucht war.

- 1. Wirtschaftspragen und Werbearbeit in der Konserven- und Marmeladenindustrie; Referent: Kollege Senkfeil (Hannover).
2. a) Stellungnahme zum Neuabschluss des Rahmenvertrages; b) Lohnfragen; Referent: Koll. R. Pätzsch (Hannover).
3. Branchenangelegenheiten.

Der Verbandsvorsitzende Kollege Thiemig eröffnete die Konferenz und ließ die Anwesenden willkommen. Insbesondere begrüßte er die beiden Vertreter vom Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband.

Es ist schwer, einen Einblick in den Umfang der Produktion der Konservenindustrie zu gewinnen. Amlichsches Material steht nicht zur Verfügung, auch die Veröffentlichungen der Arbeitgeber sind sehr spärlich. Einige Anhaltspunkte bietet uns eine Veröffentlichung von Dr. Wagner aus dem Jahre 1907.

Über die Geschäftslage im letzten Jahr informieren am besten die Meinungsäußerungen führender Persönlichkeiten aus der Industrie. Zu Beginn dieses Jahres äußerte sich Herr Professor Dr. Kanter (Braunschweig) in der Fachzeitschrift 'Die Konservenindustrie' dahingehend, daß die Produktionsmöglichkeit in stärkerem Maße steige als die Konsumfähigkeit.

In der Konservenindustrie sind in den letzten Jahren Produktionsverschiebungen vorgekommen. Die Süddeutsche Konservenindustrie, namentlich in Mainz, ist stark zurückgegangen. Dafür entwickelt sich die 'Helvetia' in Groß-Betau immer mehr zu einem Großbetrieb.

Die Entwicklung der Betriebe zeigt folgendes Bild: In den letzten Vorkriegsjahren gab es in Deutschland schon rund 325 Betriebe, die sich mit der Konservierung und Trocknung von Obst und Gemüse befaßten.

Die Rationalisierung hat auch in der Konservenindustrie Einzug gehalten. Wenn früher die Konservierung nur Nebenbetrieb war, so sind heute große Blechbalkenfabriken als Nebenbetriebe den Konservenfabriken angegliedert.

Die Arbeitszeit ist in der Konservenindustrie ein schwieriges Kapitel. Viele Kampagnenarbeiterinnen machen, wenn es verlangt wird, nicht nur 12, sondern 14 und 16 Stunden am Tage.

Demgegenüber müssen wir die Forderung erheben, daß auch in der Konservenindustrie die Arbeitszeit dem technischen Fortschritt angepaßt wird. Während der Kampagne darf nicht der 'Zehn- oder Zwölfstundentag' als Regel gelten.

Die Organisationschwierigkeiten sind weit größer als in anderen Industrien. Wählan wurden nur noch zwei freie Verbände um die Konservenarbeiter: der Fabrikarbeiterverband und der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband.

In anderen freien Verbänden und 0,4 Prozent in christlichen Organisationen. Das sind über 80 Prozent. Bei einer Umfrage am Schlusse des letzten Jahres stellten wir fest, daß die ständigen Arbeiter mit 45 Prozent bei uns organisiert sind, 18 Prozent gehören den anderen freien Verbänden an und 3 Prozent gegnerischen Organisationen; das sind nur 68 Prozent.

Der Kollege Pätzsch besprach die einzelnen Punkte des Entwurfes für den Rahmentarifvertrag für die Marmeladen- und Konservenindustrie. Es soll angestrebt werden, einige ungünstige Bestimmungen, die im alten Vertrage enthalten waren, zu beseitigen; besonders soll im neuen Rahmentarif das Sonderabkommen nicht mehr aufgenommen werden.

Lohnfragen sind immer Machfragen gewesen; sie sind es heute noch. Auch bei den folgenden Lohnverhandlungen werden wir uns nur auf die eigene Kraft stützen können, die durch das Organisationsverhältnis bestimmt wird.

Die fortgesetzte Steigerung der Arbeitsleistung der deutschen Arbeiterkraft gibt uns ein Recht, erhöhte Löhne zu fordern. Seit man die Arbeitsleistung von 1913 mit 100 an, so beträgt sie heute in Deutschland 134,5, in England 110, in Frankreich 93,5, in Holland 171,7, in den USA 139,6.

Die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes hemmt uns zwar in unserem lohnpolitischen Vorwärtstreiben, aber sie ist nicht für den Erfolg entscheidend. Entscheidend ist das Organisationsverhältnis und die eigene Kraft der Arbeiterkraft.

Die Aussprache über die beiden Referate zeigte, daß die Arbeit der Tarifkommission einmütig gebilligt und anerkannt wurde; das kam auch in der einstimmigen Annahme des vorgelegten Entwurfes für den Rahmentarif der Konserven- und Marmeladenindustrie zum Ausdruck.

Literarisches.

Dr. Salomon Schwarz: Handbuch der Gewerkschaftskongresse. 447 Seiten. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In Ganzleinen gebunden 8 Mk. Organisationspreis 6 Mk.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwiniq, Jena. Januarheft 1930. Vierteljahrsabonnement 3,60 Mk. - Verlag Karl Zwiniq, Verlagsbuchhandlung Jena.

Die AWO-Broschüre, die besonders die Verkehrsunfälle behandelt, 'Augen auf! Das Büchlein zur Unfallverhütung für Jung und Alt', wird vom Verband der Deutschen Berufsgehilfenvereine gemeinsam mit der Deutschen Verkehrswohlfahrt und in Verbindung mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zum zweitenmal in völlig neuer Gestalt herausgegeben.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Die verfehlte Tür.

Eine antialkoholische Humoreske von Hedda Wagner.

„Eine Geschichte soll ich euch erzählen?“ sagte die alte Großtante, „das euch das Strumpfstöpseln kurzweiliger wird? Etwas Selbsterlebens? Dann müßt ihr euch mit etwas ganz Alltäglichem begnügen, was mir so gerade einfällt. Das von der verfehlten Tür.“

Sie rückte sich zurecht, und wir Mädels flingen an, aufzupassen. „Damals, als ich ein junges Ding war, da besuchte ich oft meine Verwandten im Nachbarstädtchen. Der Onkel war ein Spenglermeister, hatte ein paar Gesellen und Lehrbuben, die alle wie zur Familie gehörig betrachtet wurden. Wenn anderswo bies sich nur auf die Pflichten bezog, so bei meinem Onkel auch auf die Rechte. Sie sahen nicht bloß bei den Mahlzeiten an seinem Tisch, sie aßen auch das, was er hatte, gut und genug.“

Es herrschte ein gemächliches Verhältnis damals im Hause; alle vertrugen sich gut. Besonders wert war meinem Onkel der Altfelle, ein tüchtiger Burche, Meister seines Fachs, strebsam und geschickt, verträglich und lustig; nur einen Fehler hatte er: Er sah oft allzu tief ins Glas. Das war damals, wo es noch keine Bewegung zur Bekämpfung der Trunksitten gab, leider allzu sehr bei sonst tüchtigen Leuten an der Tagesordnung. Der Onkel sah diesen Fehler des sonst so musterhaften Franz freilich nicht gern, doch was konnte er viel dagegen machen, zumal dieser deswegen ja noch nie irgendeine seiner Pflichten veräußert hatte. . . .

Ich war, wie gesagt, damals oft im Sommer Gast des lieben Verwandtenkreises; besonders mit meiner Kusine Fanny, mit der ich mich seit Kindesstagen gar gut vertrat, verlebte ich troche Stunden und Tage. Abends, wenn alle schlafen gegangen waren, was zeitig geschah, zogen wir uns in unsere Mädchenstube im zweiten Stock zurück, zu der man über einen gedeckten Laubengang gelangte; links ging es zur Wohnung einer alten Frau hinüber und zu den Kammern der Gesellen und Lehrbuben. Dann hatten wir unsere Freude am Vorlesen, das wir abwechselnd betrieben, oft bis Mitternacht, wenn der Roman gar zu spannend war.

So waren wir eines Abends wieder einmal kreuzvergnügt, diesmal mit einem humoristischen Buch, aus dem wir noch nach dem Abenden der Familie besonders zum Lachen reizende Stellen vorgelesen hatten, und so, übermäßig angeregt, hatten wir an diesem Abend, als wir uns zurückzogen, etwas vergessen, was wir sonst nie unterlassen hatten: die Türe zuzusperrern.

Wir waren mitten im Lesen; das Büchlein war inzwischen aus der heiteren Tonart in die schauerliche übergegangen und unsere Stimmung demgemäß, da hörten wir schwere, tappende Schritte sich unserer Tür nähern. Etwas suchte draußen an der Klinke, fand sie nicht, probierte wieder und wieder. . . .

„Hast du zugesperrt?“ flüsterte ich Fanny zu, und während ich so fragte, ward es mir bewußt, daß ich es nicht getan hatte. „Nein“, kam es angstvoll flüsternd von ihren Lippen. „Geschwind, sperre ab!“ drängte ich sie. „Du bist näher bei der Tür.“ Mein Bett stand in der anderen Ecke beim Fenster. Aber der liebe Hosenfuß traute sich nicht — und da war es schon zu spät. Im selben Augenblick, wo sie in ihrer Angst instinktiv das Licht verloschte, ging die Tür auf und eine hohe, weiße Gestalt schwankte über die Schwelle. Und unsere Herzen pochten wie Hämmer.

Die Gestalt hielt sich am Türposten. Sie wackelte hin und her. Und dann versuchte sie, sich weiter ins Zimmer hineinzutasten, was ihr sichtlich nicht gelang. Und jetzt sprach sie. Es war eine nur zu wohl bekannte, unsichere und zugleich zornige Stimme, die da sagte: „Haben, e Tücht!“

Jetzt wußten wir, daß es kein Räuberhauptmann war, sondern Franz, der brave Altfelle. Er war wieder einmal in der Herberge bei seinen Freunden gewesen und natürlich befrankt. „Haben, e Tücht!“ ging es weiter. „Wart, elendige Kerl, wenn ich euch erwisch! Ich werd euch Waschen geben, grad genug!“

Und immer näher unseren Liegestühlen zu tappete der arme Tropf. Jetzt schloß ich ihn schon an meinen Sessel anstoßen, was ihm einen gewaltigen Schreck einflößte. Die freigelegte angekündigten Waschen geben mir aber jetzt den Mut der Verzweiflung. Ich sprang aus dem Bett, rief die Tür auf, drängte den merkwürdigen Gast, der sich ohnedies kaum mehr auf den Füßen halten konnte, mit ein paar kräftigen Stößen hinaus; der Überraschte konnte sich nicht auf den Beinen halten, ein Plump — und da lag er, so lang er war. Jetzt rief die Tür zu, abgesperrt, dann anstehend und noch ätzend wieder ins Bett, von Fanny, die inzwischen wieder das Licht angezündet hatte, bewundert ob meines Mutes . . . und gut war es.

Das Licht ließen wir brennen und versuchten nach diesem Abenteuer uns so friedlicher einzuschlafen, was uns aus so besser gelang, als wir drängen vor unserer Tür ein kräftiges Konzert von raselnden Schnatzen hören lassen.

Am anderen Morgen fehlte der Altfelle Franz am Frühstückstisch; er war schon in der Werkstätte. Juchend hatte er sich geschämt, als ihn am frühen Morgen die anstehenden Lehrlinge, deren Tür er, manebelt von allen bösen Geistern des Alkohols, verfehlte hatte, fragten, wo er geschlafen habe.

Wir zwei hatten natürlich dem Onkel unter vier Augen schon die ganze Sache erzählt, und Fanny knüpfte daran die Bitte, dem Franz nichts weiter zu sagen und es ihm nicht nachzutragen; sie sei überzeugt, jetzt werde er sich in dieser Richtung nie mehr etwas zuzuschreiben lassen.

Ich habe das damals nicht recht geglaubt; aber nach zwei Jahren wußte ich mich doch davon überzeugen, daß Fanny richtig vorausgesehen hatte. Denn seit jener Geschichte mit der verfehlten Tür hat Franz kein geistiges Gebräu mehr ergriffen. Und jetzt kamen alle seine guten Eigenschaften noch viel mehr zur Geltung; der Onkel konnte ihn nicht mehr erdulden, nannte ihn seine rechte Hand, und so war es schließlich nicht verwunderlich, daß auf einmal ein Härtchen mit einer Verlobungsanzeige zu mir flatterte. . . .

Als ich Franz und Fanny am Polsterabend, bei dem ich natürlich auch geladen war, meine Glückwünsche ansprach, da sagte Fanny mit einem sehr schalabastischen Lächeln zu ihrem Bedienten: „Und so kann auch einmal die verfehlte Tür die richtige sein, wenn sie nicht auch?“ — „Ja aber, etwas verlegen lächelnd, bedauerte ich, zu schwächen. „Wo bist schon bist“, sagte sie, „ich sag ja nichts als das es schon ist, wenn einen die verfehlte Tür auf den richtigen Weg führt. Nicht wahr, Anwesenheit?“

Und lachend schüttelten wir drei uns die Hände. „So ist es gewesen“, schloß meine Großtante ihren Bericht, „etwas ganz Alltägliches! — Nur müßt ihr jetzt oder nicht denken: So ist der verfehlte Alkohol doch auch zu etwas gut! Durch den findet man nie die richtige Tür, die tut sich einem nur durch Selbsterkenntnis und ersten Willen auf!“

„Die Stimme der Mutter.“

Draußen an der Stadtgrenze, wo das Krankenhaus und die Buchhandlung liegen, ist sie eingestiegen. Jetzt ist sie im Straßenbahnwagen und denkt an das Vergangene, an diese, gestern, an das Weihnachtsfest, an die Nacht, die schon angedeutet durch die Straßen flutet, die ihre Seele, ihren Gedanken verbannt.

„Draußen“ meint sie, spürt das braune Umschlageluch, läßt ihr Kind, lächelt und schließt, wenn alle Gedanken hantel über ihr reines Herz legen. Es ist kalt. Manchmal erschauert sie. Sie sieht klagen, schmerzdurchwühlt und wie von Glas aus. Ihre Augen hängen weit irgendwo an einem festen Punkte, als stünde dort jemand, mit dem sie spricht.

Draußen flüchten die Lichterwagen der Dampfschiffe vorbei. „Mensch, Mensch“, brüht er, brüht er und wieder Hoffnung.

„Die Stimme der Mutter.“

„Die Stimme der Mutter.“

„Die Stimme der Mutter.“

Leute steigen ein. Gleichgültig. Geheiß. Mit sich selbst beschäftigt. Dasen vor sich hin. Lesen. Rauchen. Keiner steht das arme Weib, die Mutter in diesem Mädchen. Einige brummen, knurren, wenn sie über den Pappkarton, der neben der jungen Mutter steht, stolpern, und blicken beleidigt, böswillig.

So geht es fort. Der Straßenbahnwagen sauft. Näher kommt die Stadt. Leute steigen aus. Streifen mit kaltem, hartem Blick die Gefallene.

Ja, weshalb hat sie das getan? Warum? Hat sie doch selbst verschuldet! Denkt jetzt die dicke Frau Oberkassierrechnungsrätin mit den strengfrommen Augen, den Pflasterbacken, die eben eingestiegen ist. Ob der entrüsteten, ungeheuerlichen, vornehmen Blicke sinkt das Mädchen ganz in sich zusammen. Weint still vor sich hin. Bei der nächsten Haltestelle geht ein „Ach“ durch die Fahrgesellschaft. Man hat es nicht gehört, fühlt es aber. Sie rücken enger zusammen. Ein aufdringliches Parfum schwingt zwischen den Tabakwolken. Eine Dirne ist eingestiegen. Ein Mensch, der auch lebt. Neben die junge Mutter setzt sie sich. Frech, kokett wiegt die Dirne ihren Kopf. Alles ist Herausforderung an ihr. Sie lächelt leise, höhnvoll. Mutter heckt der Reihe nach die Schlagertfrau, die krampfhaft bemüht ist, etwas vorzuzustellen. Die Gnädige, die verblüfft ihre Lognette fallen läßt. Das junge Mädchen mit der guten Töchterpensionaterziehung. Und alle die wohlgenährten, tüchtigen Männer, die verlegen fortgehen und an ihren Zigarren kauen.

Plötzlich stampelt das kleine Wesen unter dem Umschlageluch und kräht. Die Mutter stültert schwere, liebe Worte und wiegt und schaukelt. Das Freudmädchen sieht sich um, betrachtet das junge Weib. Und die Augen, die eben noch frech, dunkel, lustig, herausfordernd waren, werden auf einmal weich und gut. Es ist ein

„Die Stimme der Mutter.“



„Die Stimme der Mutter.“

„Die Stimme der Mutter.“



„Die Stimme der Mutter.“

„Die Stimme der Mutter.“

„Die Stimme der Mutter.“

„Die Stimme der Mutter.“

Unser Reigen.

Musikanten, hopp, hui auf!
Hoppla! Heute drahn wir auf,
einig sind wir, froch und stramm,
und wir halten z'samm.

Wir sind in Gefahr und Not,
außen und auch innen rot,
keiner ist dabei, der spinnt,
wenn wir lustig sind.

Bombardon- und Fidsenspiel,
Einigkeit führt hin zum Ziel,
haben wir dabei gefestigt,
das macht uns vergnügt.

Eine Kette, Ollied an Ollied,
vong uns wird die Nacht gepflegt,
die die Welt bewegt.

Wir sind nur auf uns gestekt,
so gewinnen wir die Welt,
daraus „haben uns so gern“
alle großen Herrn.

Laß nur!

Wenn dich wieder nach Menschen hungert,
So nimm dir einen, der auf der Straße lungert
Und trinke mit ihm!

Wie wird er blöde dich bestaunen,
Mit Fittelsstimme raunen. —
Trink mit ihm!

Du sprichst mit ihm von dummen Sachen,
Müht auch manchmal mit ihm lachen,
Beim Trinken!

Doch wirst du bald vom Tisch aufstehn
Und nach Hause geh'n. —
Laß ihn trinken!

Es eckelt dich vor Menschlichkeit;
Ges'heim in deine Einsamkeit,
Z' Lass!

Gerrit Engelke.

Humoristische Ecke.

„Humoristische Ecke.“

„Humoristische Ecke.“

„Humoristische Ecke.“

„Humoristische Ecke.“

„Humoristische Ecke.“

Ein deutscher Kipling.

„Ein deutscher Kipling.“

„Ein deutscher Kipling.“